

Bücher zu LATEINAMERIKA

Über 500 Kurz- bzw. Sammelrezensionen lieferbarer deutschsprachiger Titeln zu bzw. aus Lateinamerika.

Ein Autorenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika
- lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
- eine Auswahl von Büchern die sich allgemein mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen

Der Literaturteil enthält neben den Angaben zu den Büchern auch kurze Biographien der entsprechenden SchriftstellerInnen.

Das ganze kostet **nur 5,— DM** (+ 2,— DM Versandkosten — ab 10 Expl. versandkostenfrei). Nur gegen Vorkasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Bestellungen an:

Informationsstelle Lateinamerika
Oscar-Romero-Haus
Heerstraße 205
5300 Bonn 1

oder

Der Andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41



Der andere Buchladen, Köln

Informationsstelle
Lateinamerika (ila), Bonn

LATEINAMERIKA nachrichten

15. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

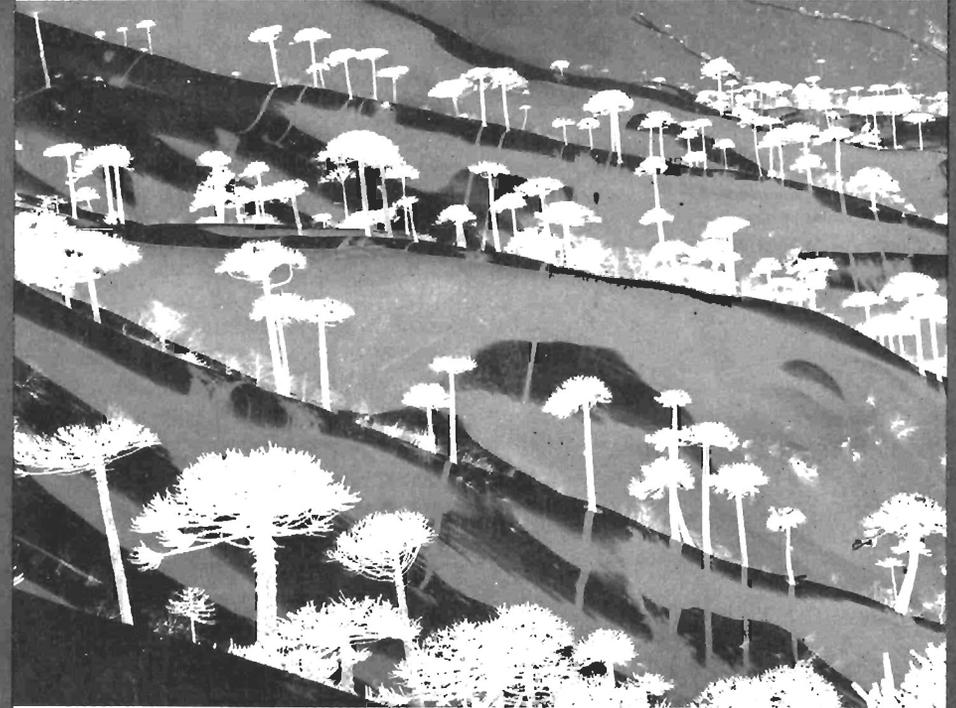
Berlin (West)

Mai 1988

DM 4,50

170

»Chile braucht die Demokratie



wie die Bäume das Wasser!«

Aus dem Inhalt:

CHILE: Ökologie und Demokratie / »Untergang« der Delphine / Gefahr für Robinson-Crusoe-Insel / Botschaftsbesetzung / **ARGENTINIEN:** Lehrerstreik / **EL SALVADOR:** Wahlen / **KULTUR:** Chilenisches Theater / Argentinischer Rock

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— CHILE: Pobladores zum Anfassen	5
Ökologie und Demokratie für Chiles Zukunft	10
Vom »Untergang« der Delphine	14
Gefahr für die Robinson-Crusoe-Insel	19
Freiheit für Juan Pablo Cárdenas!	23
Weiterleben, um zu sterben, oder weiterleben, um zu leben?	25
Leserbrief	29
Antwort der Autoren zum Leserbrief	30
— ARGENTINIEN: Ökonomische Misere und gewerkschaftlicher Widerstand	33
— PERU: Untersuchungsberichte zum Gefängnismassaker	37
— EL SALVADOR: Streik der Telefonarbeiter	41
Wahlen in El Salvador	47
— KULTUR/CHILE: Das Theater – eine mit Zukunft geladene Waffe	52
— KULTUR/ARGENTINIEN: »Rock Nacional« – ein Chamamé für Bob Dylan!	55
— REZENSIONEN: Banken, Kredite und die »Dritte Welt«	63
Automobilindustrie in Mexiko	64
»Essen für die Schweine« in der Colonia Dignidad	67
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	70
— EINGEGANGENE BÜCHER	71
— TERMINE	71

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 170
Mai 1988
Jahrgang 15 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 28. April 1988

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es
gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird
kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich
auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir
nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA
NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache
gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA
NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persön-
lich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine pers-
önliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbe-
halts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter
Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend
zurückzusenden.

EDITORIAL

Einigen nach mehrmonatiger Abwesenheit gerade aus Latein-
amerika zurückgekehrten Redaktionsmitgliedern mutete das
Titelbild auf dem letzten Heft der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
schon recht seltsam an. Und prompt erhielten wir dazu
auch einen kritischen Brief. Was war passiert? Als Hinweis
auf die Artikel über die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien
hatte die Redaktion ein Erinnerungsfoto vom Besuch
zweier Vertreterinnen der kolumbianischen Menschenrechts-
bewegung in Berlin als Titelbild ausgewählt.

Die Wahl war aus der Motivation heraus getroffen worden,
aus einem Mangel eine Tugend zu machen: Wenn uns schon
Fotos zum Thema (wie man sich das "ideal" so vorstellt:
kolumbianische Mütter und Großmütter mit Protestplakaten "Wo
sind unsere Kinder?") nicht vorlagen, warum nicht zur Ab-
wechslung ein "schönes" Foto nehmen? Ein Foto, das nicht
immer wiederkehrende Trauer oder Gewalt darstellende Motive
zeigt, sondern Menschen – in diesem Fall die beiden Kolumbianerinnen – die trotz der persönlichen Betroffenheit durch
den 'Schmutzigen Krieg' in ihrem Land und ihrem Bedrohtsein
das Lachen nicht verlernt haben. Doch den Zusammenhang
herzustellen gelang nicht, und manche meinen, das Foto sei
an dieser Stelle einfach "daneben".

Als wir das letzte Heft in den Druck gaben, hatten wir Zwei-
fel, ob der Panama-Artikel noch aktuell sein würde, wenn
unsere AbonnentInnen die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN er-
hielten. Doch auch fünf Wochen später ist der den USA so
mißliebig gewordene Noriega noch Armee-Chef. Die Inszenie-
rung der USA zeigt Pannen. Die panamaische Opposition brin-
gen die Sanktionen und Drohungen der USA zunehmend in ein
Dilemma: Unterstützt sie die US-Maßnahmen, zeigt sie sich
als "anti-panamaisch", wird sie mitverantwortlich für die
katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes; wendet sich
die Opposition gegen die Maßnahmen, steht sie bei der Pola-
risierung der Fronten: USA contra Noriega, letztenendes
zähneknirschend hinter Noriega.

Ersteres wählte der Ex-Präsident Delvalle, der sich offenbar
– wo sonst? – in einer der US-Militärbasen versteckt hält:
Er fordert Sanktionen und die Intervention der USA, die Be-
völkerung Panamas müsse dafür Opfer bringen. Die Mehrheit
der Opposition (sowohl der bürgerlichen wie auch der linken
und der Gewerkschaften) hingegen hat sich für zweites ent-
schieden: Die – stark nachgelassenen – Proteste gegen Norie-
ga werden begleitet von Distanzierungen von der US-Einmi-
schung. Auch die Bischöfe Panamas haben inzwischen die USA

zur Aufhebung der Sanktionen aufgefordert. Selbst mit MacDonalds bekam Reagan Schwierigkeiten: Der Fast-Food-Konzern zahlte entgegen der Weisung "von oben" weiter seine Steuern an das panamaische Finanzamt, was ihm dann aber von der US-Regierung rigoros verboten wurde.

Dennoch, auch wenn zur Zeit der richtige "Schwung" fehlt, den Werbe-Spot haben die Wahlkampfmanager schon fest im Kopf: George Bush, als würdige Fortsetzung der Präsidentschaft Reagans, fliegt im Helikopter über den Panama-Kanal, zu den Klängen der Nationalhymne, landet in einer Military-Base und wird von tapferen US-Soldaten und ihren schönen Frauen begeistert empfangen, dazu überall US-Fahnen.

MacDonalds, Steuern, Kirche und politischer Druck kommen aber auch in der Bundesrepublik zusammen, wenn auch in anderer Konstellation: Hier ist es der MacDonalds-Konzern, der angedroht hat, die Weiterleitung der von seinen Angestellten zu zahlenden Kirchensteuer zu verweigern. Grund dafür ist der 'Volksmund', ein in Frankfurt ansässiges Info-Büro über Fast-Food, das Zuschüsse von der evangelischen Kirche empfängt. Und die Drohung zeigt bereits ihre Wirkung: Die Kirchenoberen verkündeten, daß sie eine "neutrale Kommission" einsetzen wollen, die die Arbeit von 'Volksmund' überprüfen soll...

Anzeige

Das Hessische Institut für Lehrerfortbildung - Außenstelle Groß-Gerau - plant die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe zur Arbeit mit literarisch-poetischen Texten aus der "Dritten Welt" im Unterricht. Gesucht sind Kolleginnen und Kollegen, die praktische Erfahrungen mit Texten aus Afrika, Asien und Lateinamerika gewonnen haben oder anstreben und an einem organisierten Erfahrungsaustausch interessiert sind.

Bitte Formblatt zur Kurzbeschreibung der Unterrichtseinheit und Informationen anfordern beim Hessischen Institut für Lehrerfortbildung - Außenstelle Darmstädter Str. 90, 6080 Groß-Gerau
Tel.: 06152/2067

CHILE

Pobladores zum Anfassen

Botschaftsbesetzung in Chile

Am 29. Februar 1988 besetzten vier Frauen aus der Jugendorganisation DEJUPO, Departamento Juvenil de la Coordinadora metropolitana de pobladores (Jugendorganisation des Dachverbandes der pobladores, der Elendsviertelbewohner) in Santiago die Spanische Botschaft, um durch ihre Aktion und einen Hungerstreik auf die miserable Situation der Bevölkerung in den poblaciones, den Armentsiedlungen, aufmerksam zu machen: den Wohnungsmangel, die unzureichende Gesundheitsversorgung, die Repression der Regierung, die hauptsächlich die pobladores betrifft, den Tatbestand der fünf seit September vergangenen Jahres verschwundenen Jugendlichen etc. Sie forderten die spanische Regierung auf, sich bei der Weltgesundheitsorganisation dafür einzusetzen, daß Chile zum Land des Hungers erklärt wird.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN führten in Santiago ein Interview mit einer der Teilnehmerinnen über die Hintergründe dieser Aktion, die die jungen Frauen als einen Beitrag zum Internationalen Frauentag und zur derzeit in verschiedenen Gemeinden stattfindenden Fastenaktion der pobladores verstehen. Im folgenden eine Zusammenfassung des Interviews:

"Am 29. Februar gingen wir in die Spanische Botschaft. Das war ein ziemlich schwieriges Unterfangen. Wir mussten über eine Mauer springen und über das Dach klettern - und das wir als Frauen. Aber wir haben gesehen, daß das geht, man muß sich nur entschließen dazu. Wir sind vom Nachbarhaus eingestiegen, über einen niedrigen, ca. 1m hohen Zaun. Vorher hatten wir bereits ausspioniert, daß hinter dem Haus eine Leiter lehnt, aber wir wußten nicht, ob sie kaputt oder heile ist. Wir entschieden einfach, daß sie gut sein mußte, lehnten sie an und stiegen auf das Dach, um von dort in den Garten der Botschaft zu springen. Klar, durch den Krach waren sie auf uns aufmerksam geworden und erwarteten uns schon. Am Anfang waren sie sehr erschrocken und wütend auf uns, aber im Laufe der Zeit gewöhnten sie sich an uns und wir konnten ihnen zeigen, wer wir in Wirklichkeit sind: junge pobladores, die verzweifelt den Versuch machen, internationale Aufmerksamkeit zu erringen, um ihre dramatische Situation in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken.

Als wir ihnen unsere Petition übergaben, waren sie beeindruckt, aber es war keine Neuigkeit für sie. Sie wußten um die Situation in den poblaciones, aber sie kannten die Probleme nur aus der Theorie. Sie hatten davon gehört und darüber gelesen, aber es ist etwas anderes, von direkt betroffenen Personen erzählt zu



So leben die Pobladores in Santiago. (Foto: Jens Holst)

bekommen, in welcher Misere sie leben, wie sie leben und leiden: Die Gesundheitsversorgung ist dürftigst, unsere Häuser sind schlecht und viel zu klein. Die meisten von uns jungen Leuten aus den poblaciones mußten vorzeitig von der Schule abgehen, um irgendeine Arbeit anzunehmen, und sei sie noch so minderwertig, um überleben zu können. Wir können nicht davon träumen, an der Universität zu studieren, weil einfach dafür kein Geld in unseren Familien da ist. Nicht weil wir zu doof sind, sondern weil wir kein Geld für den Bus oder Schuhe haben. Auf der anderen Seite ist es gerade für uns Frauen schwierig, Arbeit zu finden. Es ist schrecklich, immer jeden Tag aus der Tageszeitung einen Job für einen Tag suchen zu müssen, jede Arbeit annehmen zu müssen, bis hin zur Prostitution, um überleben zu können. Die anderen Arbeiten, die es gibt, sind schlecht bezahlte Jobs als Hausangestellte, Putzfrau etc. Und wir sind gezwungen, zu arbeiten, weil viele unserer Männer keine Arbeit finden. Unseren Kindern wird es nicht besser gehen, denn die Ausbildung an den städtischen Schulen ist sehr schlecht, wenn man überhaupt die Möglichkeit, das Geld, hat, in die Schule zu gehen. Und das ist genau die Absicht: uns dumm zu halten, um uns beherrschen zu können,

damit wir nur für die minderwertigen Arbeiten und Dienstleistungen taugen. Aber wir wollen uns weiterentwickeln, und wir wissen, daß wir das nur durch den Kampf erreichen, indem wir die Diktatur loswerden. Und die Zustimmung der Bevölkerung für diesen Kampf wird jeden Tag größer. Deshalb gingen wir auch gestern, den 8. März, auf die Straße, um uns nicht zu Hause oder in einer Gruppe einzusperren, sondern um den Freiraum zu zeigen, den wir schon erreicht haben.

Wir haben in der Spanischen Botschaft auch gefastet, um uns mit allen pobladores zu solidarisieren, die zur Zeit im Hungerstreik sind, eine Kettenaktion in verschiedenen poblaciones, insg. 100 Stunden Hungerstreik, und das in allen poblaciones in Santiago und ganz Chile. Wir hatten in unseren eigenen poblaciones bereits beim Hungerstreik mitgemacht, so war dies schon der zweite.

Der demokratische Boden der Botschaft

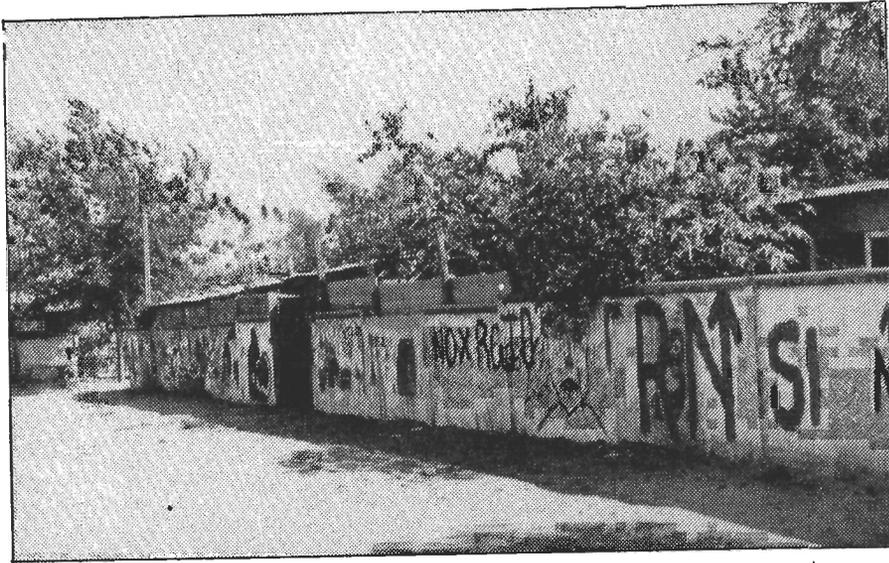
Wir wußten, man würde uns hier nicht rausschmeißen, denn das würde bedeuten, uns der Repression unserer Regierung auszusetzen. Wir wußten, daß Spanien ein Land ist, das weiß, was Faschismus ist. Sie haben ihn erlebt und allein deshalb würden sie uns nicht rausschmeißen.

Wir waren fünf Tage in der Botschaft, ständig die Repression vor Augen: den ganzen Tag patrouillierten Carabineros, Zivile, CNI (Geheimdienst) um das Haus, permanent waren Wachposten da, die uns beobachteten. Die Spanier warfen uns wirklich nicht raus, sondern sie sagten uns: "Gut, Ihr seid hier auf demokratischem Boden. Genießt die Tage!"

Sie waren sehr besorgt um uns wegen des Hungerstreiks. Sie riefen einen Arzt, brachten uns Fruchtsäfte und versorgten uns die ganze Zeit. Am Tag, an dem wir ankamen kauften sie uns sogar Schlafsäcke für die Nacht, ganz neue, das waren wir überhaupt nicht gewöhnt. Wir können sagen, daß wir Freunde dort gelassen haben. Wir konnten uns in diesen Tagen mit einigen von ihnen anfreunden. Nicht mit allen. Die meisten waren sehr nett und verständnisvoll unserer Situation gegenüber. In der Zeit, in der wir dort lebten, zeigten wir ihnen, wie wir sind, mit Gefühlen, nicht daß sie meinen, wir seien Terroristen oder Extremisten.

Plebiszit - Plebiszirkus - Plebisbetrug

Wir pobladores glauben nicht an das Plebiszit, und wir machen auch nicht mit, weil es ein Betrug ist; denn Pinochet wird niemals zulassen, daß er gehen muß. Das ist doch klar. Warum sollte er freiwillig allen Reichtum, die Macht und die Waffen aufgeben? Das ist ein Traum, und die das glauben sind Phantasten. Wir in den poblaciones sprechen von plebiscirco (-zirkus) und plebisfraude (-betrug). Keiner glaubt daran. Denn die Diktatoren, so



Si oder No! Población Nuevo Amanecer in Santiago. (Foto: Jens Holst)

wie Eduardo Galeano sagt, verschwinden nicht durch Wahlen. Sie wollen uns Illusionen machen, daß wir durch ein "No" Pinochet loswerden könnten. Dies wollten wir durch unsere Aktion ebenfalls deutlich machen.

"Wir haben unsere Jugend verloren durch die Diktatur"

Nur wenige Zeitungen berichteten über unsere Aktion. Die anderen nahmen davon überhaupt keine Notiz. Es interessiert niemanden, weil es nicht ihre Probleme sind. So haben sie auch kein Interesse, dies öffentlich zu machen. Die Leute von Mitte-Rechts kümmern es überhaupt nicht, ob wir an Hunger sterben, daß von uns compañeros verschwinden, daß unsere Rechte jeden Tag aufs Neue verletzt werden, daß wir keinen Anspruch auf Bildung und Gesundheit haben. Ich mit meinen 21 Jahren habe den Großteil meines Lebens unter einer Diktatur gelebt. Während für andere zwei oder drei Jahre mehr unter dieser Diktatur nichts bedeuten, ist es für uns sehr dringend. Wir jungen pobladores wollen kurzfristig damit aufräumen. Wir werden alle unsere Kraft einsetzen, damit diese Diktatur ein Ende findet. Wir haben schon unsere Jugend verloren und unser Leben als Jugendliche angesichts der Misere, in der wir leben, nie genießen können. Und sehr schnell werden wir alt sein.

Es gibt sehr viele jugendliche Alkoholiker und Drogenabhängige. Aber das ist verständlich, wenn man sich die Situation ansieht, in der sie leben, und vor Augen hält, was die Diktatur an ihnen

verbrochen hat. Sie lassen sich auf Alkohol und Drogen ein, weil sie keinen Ausweg sehen. Aber die Jugend hier ist nicht dumm. Viele, die sich dem Alkoholismus, den Drogen, darunter vor allem dem meist benutzten Neopren, zuwenden, machen dies, um den Hunger nicht so zu spüren, denn Neopren (vergleichbar mit Pattex, d.Red.) verdrängt den Hunger. Mit Neopren kann man gut 3-4 Tage aushalten, ohne zu essen. Und das die ganze Familie, die Mutter, die Oma, alle, denn sie haben Hunger und haben nichts zu essen.

"Wir werden uns die Rechte nehmen, die uns zustehen"

Wir als Jugendorganisation, Jugendliche aus den poblaciones, die wir für die Rechte der Jugend kämpfen, klagen an und initiieren den Kampf der Jugendlichen aus den poblaciones in Santiago und dem übrigen Land. Unsere Parole heißt: Luchar, unir y vencer (kämpfen, vereinigen und siegen).

Wir kämpfen für unsere Rechte, d.h. wir werden nicht um unsere Rechte bitten, sondern sie uns nehmen. Wir haben schon zu lange darauf gewartet, daß sie uns unser Recht geben, daß sie uns das geben, was uns zusteht.

Wir rufen zu Landbesetzungen auf, um das Recht auf Wohnung für uns durchzusetzen. Wir rufen auch die pobladores dazu auf, daß sie, wenn sie Hunger haben, sich das Essen dort nehmen, wo es welches gibt, und daß sie es nicht versteckt klauen, sondern sich organisieren und das nehmen, was ihnen zusteht. Die Supermärkte werden reich auf unsere Kosten. Wir werden nicht ruhig zusehen, wie der Tod in unsere Häuser kommt: der Tod durch die Repression, der Tod durch den Hunger. Für uns hat dies einen dringenden Charakter und wir werden uns unsere Rechte nehmen, die uns zustehen."



Demonstration zum 8. März 1988 in Santiago: Die Jugendlichen sind mit dabei.

Ökologie und Demokratie für Chiles Zukunft

Grüner MdB in Chile

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Wilhelm Knabe hat von Mitte März bis Anfang April auf Einladung der chilenischen Umweltorganisation CODEFF (Comité Nacional Pro Defensa de la Fauna y Flora) Chile besucht. Im folgenden bringen wir eine Zusammenfassung aus seiner abschließenden Pressekonferenz vom 5. 4. 88 in Santiago.

Überraschende Widersprüche

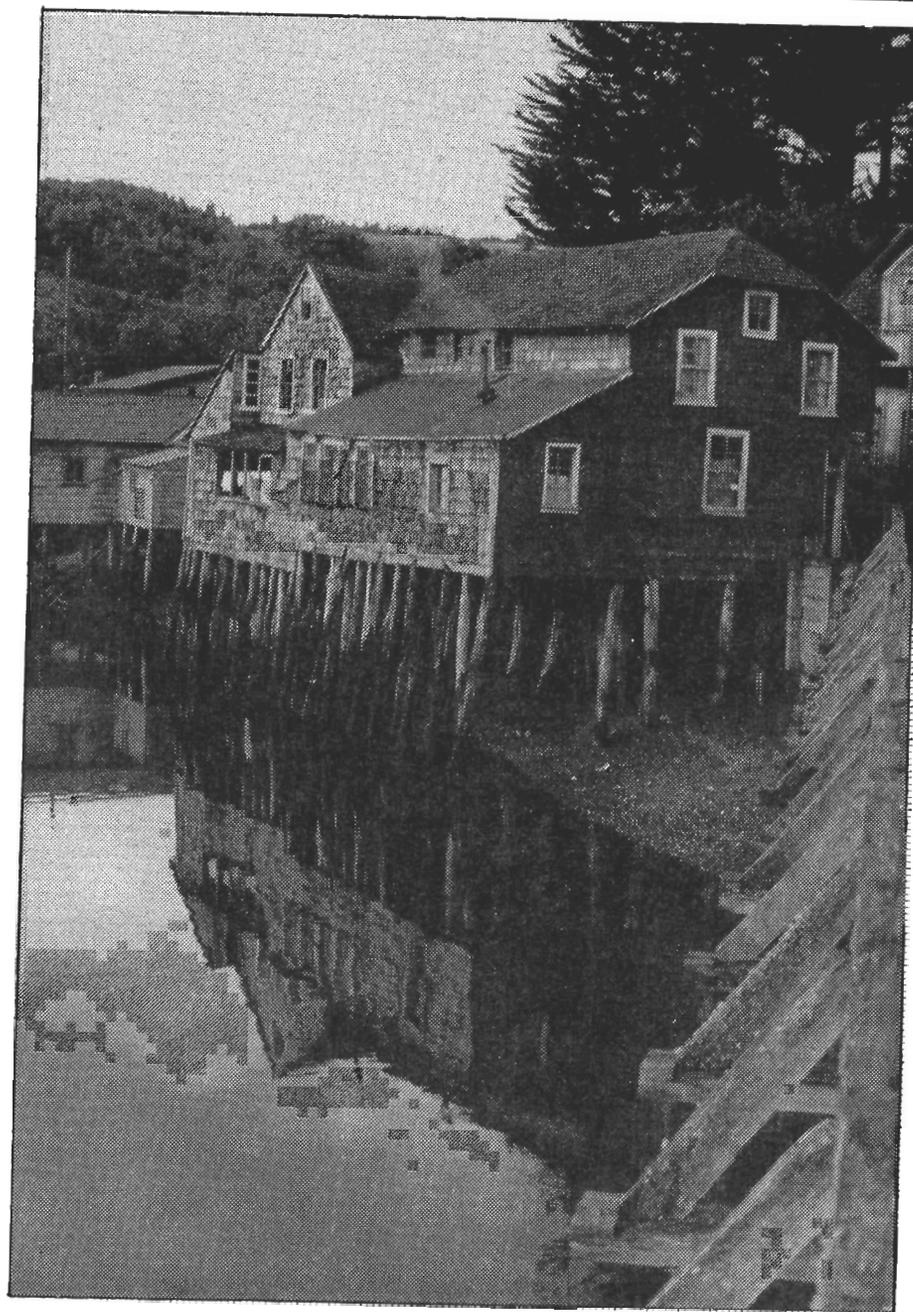
Im Süden Chiles ist die Luft so sauber, daß man an jedem Tag, an dem die Sonne scheint, von Chiloé aus die über 100 km entfernten Cordilleren sehen kann. Im Gegensatz dazu ist die Luftverschmutzung in Santiago so dramatisch, daß viele Leute mit chronischem Husten und tränenden Augen durch die Stadt laufen und die nahegelegenen Cordilleren hinter dem Smog verschwinden.

Im Süden Chiles gibt es noch Wälder mit Arten, die über 1000 Jahre überdauert haben, wie z.B. die Alerce (Lärche) und die Araucarie (Andentanne). Eine Situation, die in keinem Teil Europas mehr anzutreffen ist. Aber während meiner Reise durch den Süden sah ich unzählige Waldbrände, die einzigartige Arten und damit einen wertvollen Reichtum zerstörten.

Eine Kiefernart wächst in Chile so schnell, daß sie schon nach 25 Jahren wirtschaftlich ausgebeutet werden kann. Einige bezeichnen sie als "göttliches Geschenk". Aber die großen Kiefernplantagen haben vielen Landarbeitern das Land genommen. Die Monokulturen haben einerseits zur Zerstörung der Urwälder beigetragen und sind andererseits durch Waldbrände und Schädlingsbefall ernsthaft bedroht. Die deshalb aus der Luft versprühten Pestizide stellen eine schwere Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung dar.

In den Cordillerenbächen ist das Wasser so rein, daß man es ohne weiteres trinken kann und daß die verschiedensten Tierarten gedeihen können. Im Gegensatz dazu werden die Abwässer aus Industrie und Städten ohne jede Behandlung in die Flüsse und ins Meer geleitet und bedrohen dort das Leben.

Der Reichtum des Meeres ist einer der wertvollsten Schätze Chiles. Aber auch das Meer wird ausgeplündert. Der Seeigel (Erizo), früher im Überfluß an den chilenischen Küsten zu finden, ist fast verschwunden. Die Algen, aus denen die Japaner verschiedene organisch-industrielle Produkte herstellen, werden in Chiloé in drei Jahren nahezu ausgerottet



Impressionen aus Chiloé

sein. Ähnliches passiert mit der Riesenmuschel Loco, deren Vorkommen sich drastisch verringert hat. Gleichzeitig ist ihr Fang gefährlicher geworden. Im vergangenen Jahr sind 18 Fischer während der Fangzeit tödlich verunglückt.

Ausländische Einflüsse und Umwelt

Die großen Kiefernanzpflanzungen wären nicht möglich gewesen ohne den Hunger Japans und der europäischen Industrieländer nach Holz. Ähnliches gilt für die Algen und andere Meeresprodukte. Am schlimmsten ist die Überausbeutung des Meeres, wo ausländische Fabrikschiffe unkontrolliert den Reichtum Chiles ernten.

Im Süden Chiles gibt es internationale Projekte, die vorgeschlagen, ausgedehnte Urwälder zu Holzschnitzeln zu verarbeiten. Diese Projekte wurden vor einiger Zeit abgelehnt, zur Zeit jedoch wiederum in Erwägung gezogen. Shell erwägt, große Urwälder in der X. Region zu kaufen, die die CORFO (staatliche Entwicklungsinstitution) zum Verkauf ausgeschrieben hat, um damit auf die schlechteste Art zur Bezahlung der Auslandsverschuldung beizutragen.

Ist es nicht eine Dummheit, für einen lächerlichen Preis sein eigenes Land an ein transnationales Unternehmen zu verkaufen, das man niemals kontrollieren kann? Das-selbe passiert mit dem Kupfer im Norden Chiles. Es erinnert mich an den Verkauf Alaskas im vergangenen Jahrhundert an die USA zu einem Preis, der ein Zehntel des jährlichen Goldertrags Alaskas nicht erreichte.

Zum Leben braucht Chile die Demokratie so dringend wie die Pflanzen das Wasser

Während meines Besuchs stellte ich schnell fest, daß Chile nicht in demokratischen Verhältnissen lebt. Als ausländischer Parlamentarier konnte ich mich frei bewegen, aber als ich in eine Población fuhr, folgte mir ein mit Funk ausgerüstetes Auto. Ein Besuch bei der Deutsch-Chilenin Karin Eitel im Gefängnis war trotz mehrfacher Anträge nicht möglich. In Chile besteht eine ständige Bedrohung der Journalisten. Zum Beispiel muß der Direktor der Zeitschrift Analisis Juan Pablo Cardenas seit vielen Monaten die Nächte im Gefängnis verbringen. Mich beeindruckten auch die Familienangehörigen der Verschwundenen mit ihrem Schrei: "Sie wurden lebend verschleppt und lebend wollen wir sie zurückhaben!" Ich frage, wann endlich wird die Regierung ihnen ihre Antwort geben.

Chile braucht die Demokratie so dringend, wie die Pflanzen das Wasser zum Leben. Ohne Wasser verwelken sie. Ohne Demokratie kann sich die kreative Kraft der Chilenen nicht frei entwickeln. Die soziale Ungerechtigkeit besteht fort, die

Reichtümer Chiles werden weiterhin ins Ausland verschleudert, und die Umweltprobleme können ohne Demokratie nicht gelöst werden.

Aber man kann nicht mit den Umweltproblemen warten, bis die Demokratie wieder eingerichtet ist und alle sozialen Probleme gelöst sind. Die Umweltprobleme und die sozialen Probleme gehen Hand in Hand, und man muß jetzt beginnen, ihnen zu begegnen und nicht bis morgen warten.

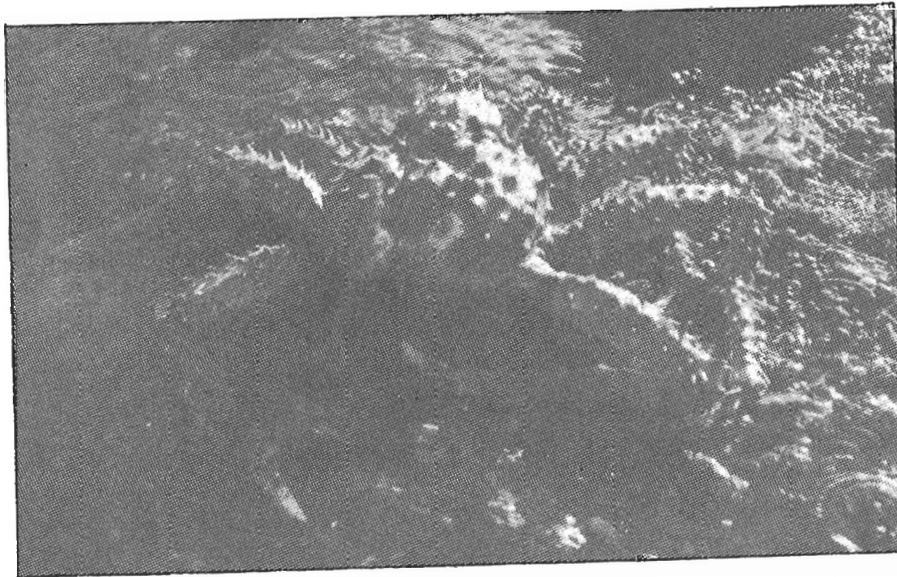


Santiago: März 1988

Foto: Jens Holst

Vom »Untergang« der Delphine

Annähernd 5000 Delphine enden jedes Jahr als Köder beim Fang der Centolla (Chilenische Art der Teufelskrabbe) im äußersten Süden Chiles, vor allem im westlichen Teil der Magellan-Straße, in den Meeresarmen Patagoniens und Feuerlands und der Inselgruppe südlich von Feuerland.



Der Fang dieses Krustentieres, der in den letzten zehn Jahren rasant auf 3000 Tonnen pro Jahr angestiegen ist, um die anspruchsvollen Gaumen von Nordamerikanern und Europäern zufriedenzustellen, ist heute die wichtigste Ursache für den dramatischen Rückgang der kleinen Meeressäuger (also von Walen und Delphinen) im Süden von Chile.

Obwohl ab dem 44. Breitengrad, wo mehr als 600 Schiffe für 30 Krabbenfangunternehmen arbeiten, niemand das genaue Ausmaß der Ausrottung kennt, sprechen Schätzungen von 400 Tonnen Köder jährlich. Zu den davon am stärksten betroffenen Arten gehört der tonina overa (weiß-gespränkelter Delphin), der schönste und kleinste Delphin der Welt, bekannt als "Panda der Meere", wegen seiner schönen schwarz-weißen Färbung, jedoch auch, weil er nur in der Magellan-Straße und anderen südlichen Küsten des Atlantiks vorkommt.

Der nur eineinhalb Meter lange tonina overa, der früher die Fahrt der Schiffe, vor dem Bug die Wellen kreuzend und Kunststücke vollführend, in Gruppen von zwei bis 10 Exemplaren begleitete, flüchtet sich heute ebenso wie andere Delphinarten gleich beim Anblick der Fischkutter und es ist so schwierig geworden, ihn zu entdecken, daß einige Forscher bereits vor seiner unmittelbaren Ausrottung warnen.



Auf dem dritten Platz in der Welt

Nach Angaben des "Nationalen Komitees zum Schutz von Pflanzen und Tierwelt" (Comité Nacional Pro Defensa de la Fauna y Flora CODEFF), der ältesten Umweltschutzorganisation Chiles, ist der massive, illegale Einsatz kleiner Meeressäuger als Köder beim Krabbenfang auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einerseits mangelt es an einer nationalen Politik zur Bewahrung der Naturreichtümer, zum anderen wird eine radikale Ausbeutungspolitik betrieben, welche die chilenische Fischerei, gemessen am angelandeten Volumen (Über 5 Millionen Tonnen im Jahre 1987) auf Platz 3 in der Welt gebracht hat.

Damit befindet sich das Land zwar hinter der UdSSR und Japan, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß diese Nationen praktisch in allen internationalen Gewässern operieren, während die chilenischen Fischer ausschließlich vor den nationalen Küsten fangen.

90% dieser Fänge wird zu Fischmehl verarbeitet und dient nicht dem menschlichen Konsum. Auf diese Weise kommt Chile zu der zweifelhaften Ehre, mit 30% der Weltproduktion der größte Produzent von Fischmehl auf diesem Planeten zu sein.

Das hat unbestreitbare ökologische und soziale Schäden verursacht, wie die Reduzierung oder Ausrottung bestimmter Arten infolge von Überausbeutung. Die daraus resultierende Verarmung der traditionellen Kleinfischer hat nicht auf sich warten lassen. Die traditionellen Fischereiorde zwischen Valdivia und Chiloé sind heute in einem bisher dort unbekanntem Ausmaß mit wachsender Arbeitslosigkeit und Verelendung konfrontiert.

Von wissenschaftlicher Seite ist häufig auf die Irrationalität der Verarbeitung fast der gesamten Anlandungen zu Fischmehl hingewiesen worden; Fischmehl, das letztlich zur Aufzucht von Rindern und Geflügel mit kostbaren Proteinen in den Industrieländern dient. Nach Informationen des CODEFF gibt es in den chilenischen Gewässern 620 verschiedene Fischarten, aber lediglich von 30 Arten sind die Lebensgewohnheiten und Fortpflanzungszyklen bekannt, was die gegenwärtige Fischereipolitik noch irrationaler macht.

Der vorprogrammierte Zusammenbruch

Juan Carlos Cárdenas, Tiermediziner und Experte für chilenische Meeressäugertiere äußert zur systematischen Ausrottung des Delphins:

"Obwohl es eine Gesetzgebung zum Schutze der Meeressäugertiere gibt, wird sie von den zuständigen Behörden nicht angewandt, da Delphine für sie nur eine unbedeutende Resource darstellen, keine Gewinne versprechen und folglich nicht zu den vorrangigen Sorgen der Fischereipolitik zählt. Nach dieser Logik geraten die Meeressäugertiere als billige und leicht verfügbare Köder-Resource in den ökonomischen Kreislauf. Studien besagen, daß lediglich 30% der insgesamt verwendeten Köder entsprechend den gesetzlichen Vorschriften aus Resten gefrorenen Fisches bestehen, die von den Krabbenfang-Firmen gestellt werden."

Miguel Stutzin, ebenfalls Forscher des CODEFF und Co-Autor eines Handbuchs zur Identifizierung von Meeressäugertieren in Chile, fügt seinerseits hinzu, daß mit all diesen Unregelmäßigkeiten außerdem das Gesetz Nr. 18392 hintergangen werde, das allen Unternehmen, die in den beiden südlichen Regionen Chiles (der Magellan-Straße und Antarctica) tätig sind, Zoll- und Steuerfreiheit gewährt.

"Einzige Bedingung ist, daß ihre Aktivitäten eine rationale Nutzung der natürlichen Ressourcen darstellt und den Erhalt von Natur und Umwelt garantieren. Viele der Unternehmen, die an der Überausbeutung der Centolla beteiligt sind und daher die Delphine ausrotten, erhalten Vergünstigungen durch eben dieses Gesetz."

Auch auf internationaler Ebene werden Gesetze und Vereinbarungen mißachtet und Chiles Ruf ist in dieser Hinsicht nicht der beste, besonders innerhalb der mit dem Problem befaßten Wissenschaftler-Gemeinde. Stutzin weist darauf hin, daß "1986 auf dem zweiten Treffen von Meeressäuger-Experten in Rio de Janeiro festgestellt wurde, daß es besonders im extremen Süden von Chile die größten Probleme bei der Erhaltung von Meeressäugerarten gibt." Dies liege zum einen am Ausmaß der Ausrottung, zum anderen an der Größe der betroffenen Region und der langen Zeit, seit der dies bereits geschieht.

Der illegale Fang nahm ab 1976 zu, als sich die Krabbenindustrie, unter anderem aufgrund der Lockerung der Eintrittsbedingungen ins Fanggeschäft und des Zusammenbruchs der Königskrabben-Fischerei vor Alaska stark ausdehnte. So stieg die jährliche Fangmenge von 355 Tonnen 1973 auf über 3000 Tonnen im Jahre 1986, während die Zahl der Unternehmen von sieben im Jahre 1971 auf nunmehr 30 (1986) anwuchs.

Dieses rapide Wachstum wurde größtenteils durch die Ausbeutung des traditionellen Sektors der Kleinfischerei erreicht, auf den der illegale Fang zugunsten der großen Unternehmen letztlich zurückzuführen ist. Diese Abhängigkeit erzeugt zuweilen unglaubliches menschliches Elend. So erhalten beispielsweise Kleinfischer, die wochenlang zum Centolla-Fang auf See hinausfahren ohne an Land zurückzukehren, als Lohn für ihre Arbeit ein paar Flaschen Whiskey und die Dienste von Prostituierten, die in "offizieller Mission" an Bord der Argonauta die Gewässer des chilenischen Südens durchfahren.

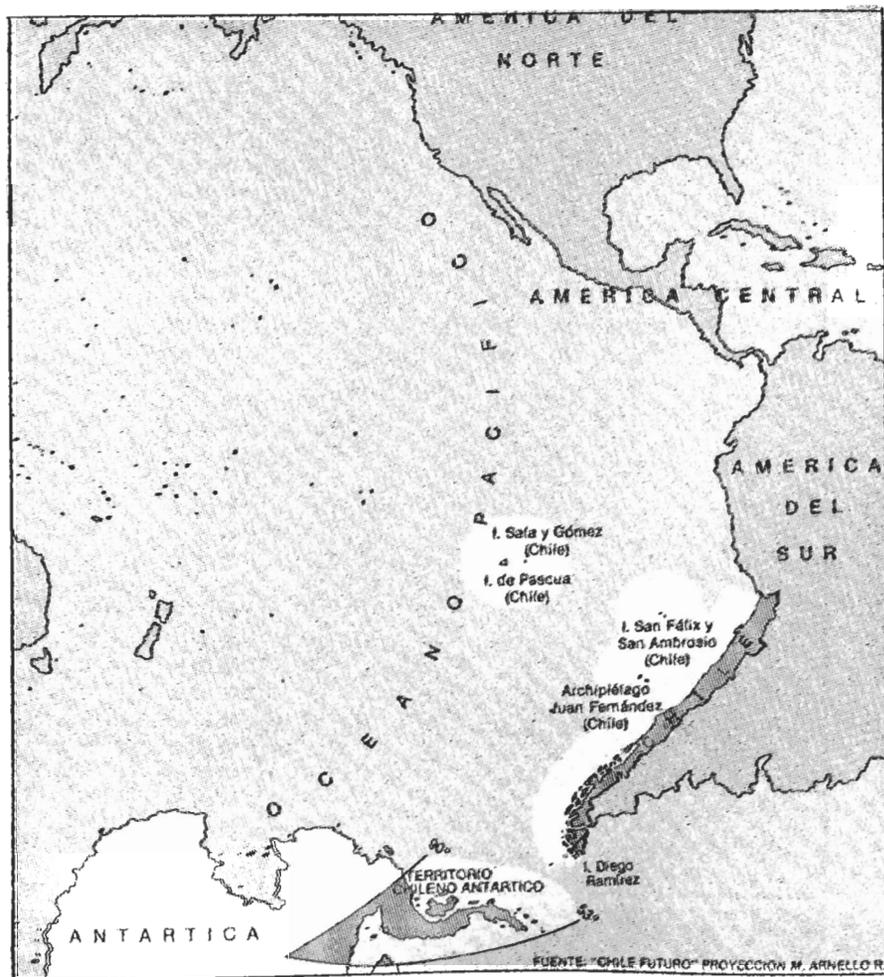
Zum anderen wurde die Entwicklung des Fischereisektors nicht von einem entsprechend Zuwachs der staatlichen Besteuerung begleitet. So konnte 1973 der nationale Fischereidienst (SERNAP) nur mit 13 Inspektoren für das Gebiet zählen. 1986 betrug ihre Zahl nur noch 8 und die unzureichende Infrastruktur verhinderte eine effiziente Durchführung ihrer Aufgaben.

"In bestimmten Gebieten ist der Rückgang der Meeressäugertiere und Krabben bereits beachtlich, man hat praktisch schon alles leergefischt", erklärt Cárdenas. "Sollte dieser Erwerbszweig zusammenbrechen, gäbe es keinen Ersatz dafür. Es wird weder Krabben noch andere Meerestiere geben. Die Überausbeutung ist gegenwärtig bereits derart groß, daß sogar trüchtige Weibchen und zu kleine Exemplare, also praktisch alles, was man findet, exportiert wird. Eines Tages wird nur eine verarmte Region und lediglich eine Handvoll in kurzer Zeit reich gewordener Unternehmen übrigbleiben."

Am stärksten betroffen von der Ausrottung ist aufgrund seines Auftretens in größeren Gruppen nahe der Küste der tonona overa (cephalorhynchus commersonii). Dieses intelligente Meeressäuger-tier, das für seine Freundschaft zu den Fischern bekannt ist und

ihren Schiffen in Stürmen oftmals den Weg in ruhigere Gewässer weist, ist in seiner Existenz gefährdet.

Bisher nicht veröffentlichte Zahlen einer kürzlich durch das Patagonien-Institut aus der Luft durchgeführten Zählung deuten darauf hin, daß diese Spezies ernsthaft vom Aussterben bedroht ist.



Gefahr für die Robinson-Crusoe-Insel

Das Projekt der Regierung General Pinochets, die Robinson-Crusoe-Insel in ein internationales Finanz- und Touristenzentrum zu verwandeln, hat in den letzten Wochen ungewohnte Proteste von wissenschaftlichen und ökologischen Gruppen in Chile ausgelöst.

Das Ökosystem der Insel, die Schauplatz des Unglücks und der Abenteuer des legendären Robinson Crusoe war – obwohl in Wirklichkeit der wahre Held der schottische Seemann Alexander Selkirk war, der dort von seinen eigenen Gefährten zurückgelassen wurde – ist bereits in hohem Maße zerstört, und jeder massive Eingriff hätte unheilvolle Konsequenzen.

Die ersten Proteste kamen vom Comité Nacional Pro Defensa de la Fauna y Flora – Nacionales Komitee zur Verteidigung der Tier- und Pflanzenwelt – CODEFF. Diese Gruppe wies daraufhin, daß dort Pflanzen- und Tierarten heimisch sind, die einmalig auf unserem Planeten sind und daher für Wissenschaft und Kultur von besonderem Wert sind. Darüberhinaus verwies CODEFF darauf, daß es sich bei dem Gebiet um eine Naturlandschaft handele, die durch die chilenischen Gesetzgebung geschützt ist. Zugleich ist die Region Teil der Weltreserve an Biosphäre.

Die Militärregierung plant auf der Insel ein Finanzzentrum vergleichbar denen auf den Caimán-Inseln, Bahamas oder in Singapur. Diese Zentren zeichnen sich aus durch die Möglichkeit zum unkontrolliertem Geldverkehr durch niedrige Kapital-Steuern. Sie bieten sich damit für Finanztransaktionen des großen Geldes an.

Der erste, der auf diesen Umstand hinwies, war im April vergangenen Jahres der General Augusto Pinochet selbst. Gleichzeitig ordnete er die Einrichtung einer breitgefächerten Kommission an, die die Aufgabe hätte, die Bedingungen zur Umsetzung des Planes zu prüfen. An die Spitze der Kommission wurden Vertreter des Nationalen Planungsbüros ODEPAN berufen. Diese Einrichtung hatte in den letzten Monaten die Kampagne der Militärregierung im Zusammenhang mit dem für dieses Jahr anstehenden Plebiszit durchgeführt. Weitere Kommissionsteilnehmer kamen aus dem Finanzministerium, der Chilenischen Zentralbank, der Oberaufsicht über das Bankenwesen, dem Komitee für Ausländische Investitionen, aus der Nationalen Tourismusbehörde und dem Generalstab.

Anfang Januar übergab die Gruppe Pinochet eine umfangreiche Vorstudie; wenn sie gebilligt wird, soll sie in diesem Jahr verwirklicht werden. Wenn auch konkrete Einzelheiten noch nicht bekannt sind, so ist doch klar, daß ein "Finanzparadies" geschaffen werden soll, in dem Dollar-Milliarden bewegt werden sollen, ohne Devisenkontrollen und bei Gewährleistung politischer Stabilität.

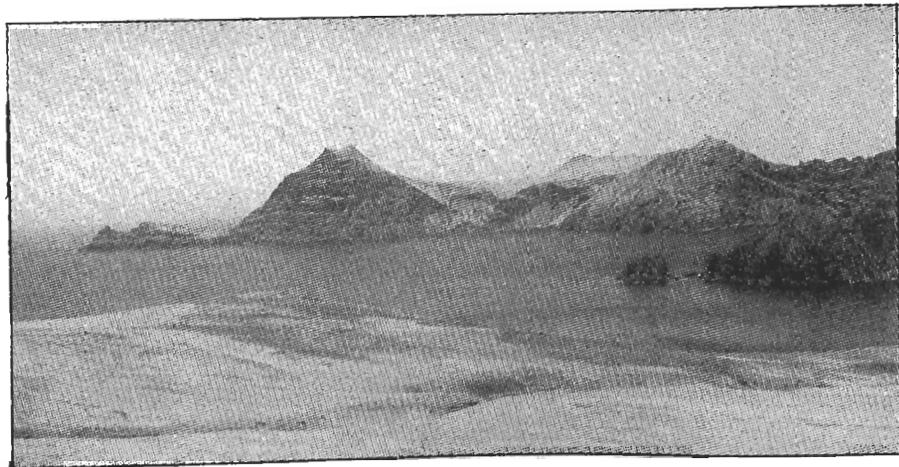
Parallel dazu soll der Tourismus auf der Inselgruppe massiv gefördert werden, die rund 650 km vor der chilenischen Küste liegt und aus den Inseln Robinson Crusoe, Santa Ana und A. Selkirk besteht. Erste Kritik kam auf, weil die rund 630 Inselbewohner an der Initiative in keiner Weise beteiligt wurden; wenn sie auch noch nicht offiziell Stellung genommen haben, so haben sie doch ihren Unwillen darüber kundgetan, daß sie nicht einmal informiert wurden; gleichzeitig haben sie ihre Besorgnis ausgedrückt, daß ein Eindringen von außen auf die Inseln schädlich für das Leben ihrer Gemeinschaft sei, die hauptsächlich vom Langustenfang lebt.

Einzigartige Pflanzenwelt

Die Pflanzenvielfalt der Inselwelt und die pflanzengeographischen Verbindungen zu so weit entfernten Regionen wie Hawaii, Neuseeland, Mexiko und der Antarktis machen ihren hohen wissenschaftlichen Wert aus. Allein der Schwede Scottsberg schrieb 14 Bände über die Pflanzenwelt der Insel. Er war es auch, der warnte: "Die Bewahrung der Natur dieser Insel ist von ungeheurer Wichtigkeit für die wissenschaftliche Welt".

Ein Teil der Baum- und Buscharten, die einzigartig sind, wurde durch Raubbau schon ausgelöscht wie der Sandalo de Juan Fernandez; er wird wegen des Duftes seiner Rinde so genannt. 1741 beschrieb Lord Anson, der als einer der ersten die Schönheit der Insel rühmte, den Urwald, der nach "Sandelholz", einer orientalischen Spezies, duftete. 1897 wurde der letzte Sandalo in einer abgelegenen Schlucht der A. Selkirk-Insel gefunden. Die gesamte einheimische Pflanzenwelt ist unter starken Druck eingeschleppter Pflanzen geraten, die sich, wie die Brombeeren, zu einer wahren Plage ausgewachsen haben.

Auch die eingeführten Kaninchen, Ziegen und schon früher Schafe haben zur Zerstörung der Pflanzenwelt beigetragen, heutzutage sind 15% der Insel bereits Wüste.



Seehunde und Kolibris

Der Lobo Fino de Juan Fernandez ist vom Aussterben bedroht. Ende der 60er Jahre galt er schon als ausgerottet, bis man auf ungefähr zweihundert Exemplare stieß, die in tiefen Höhlen unter dem Meer die mitleidlose Jagd überlebt hatten. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde der Lobo Fino wegen seines Felles, seines Fetts und seines Fleisches vor allem von den US-Amerikanern gejagt; man schätzt die Beute auf über drei Millionen Stück. Manche Schiffe luden Hunderttausende von Robbenfellen, und der erste Kunde soll Napoleon Bonaparte gewesen sein, der sie zur Ausrüstung seiner Truppen kaufte.

Heute ist diese Robbenart geschützt, und der Bestand erholt sich langsam; er wird auf etwa 7000 Exemplare im ganzen Archipel geschätzt. Mit Unterstützung internationaler wissenschaftlicher Organisationen werden eine Reihe von Forschungs- und Konservierungsprojekten durchgeführt, an denen sowohl staatliche wie private Institutionen beteiligt sind. Die Wissenschaftler fürchten, daß alle diese Anstrengungen durch die geplanten Maßnahmen schwer beeinträchtigt werden.

Auch der Bestand der elf einheimischen Vogelarten nimmt rapide ab - der Grund dafür ist nicht nur die Zerstörung der Umwelt, sondern auch hier wieder die Einführung auswärtiger Arten. Davon ist der Kolibri de Juan Fernandez am meisten betroffen, der nur auf der Robinson-Insel vorkommt und vom Aussterben bedroht ist.

Kultureller Reichtum

Neben der Flora und Fauna besitzt der Archipel und besonders die Robinson-Crusoe-Insel interessante Kultur-Denkmäler, wie Reste der spanischen Forts, die vor zwei Jahrhunderten gegen englische Seeräuber errichtet wurden. Daneben gibt es Höhlen, die den Patrioten aus dem Unabhängigkeitskrieg als Unterschlupf dienten, die Spanier hatten sie während der sogenannten Reconquista auf die Inseln deportiert. Sie konnten erst nach der endgültigen Unabhängigkeit aufs Festland zurückkehren; sie gelten als die ersten politisch Verbannten in der chilenischen Geschichte.

Selbstverständlich finden sich noch Spuren des berühmten Alexander Selkirk, dessen vermutliche Unterkunft noch erhalten ist. Die Geschichte dieses schottischen Seemanns, der vier Jahre völlig allein auf der Insel lebte, inspirierte Defoe zu seinem berühmten Robinson-Roman: dabei bewies er allerdings sehr viel Phantasie, da er seinen Helden in die Tropen versetzte und mit Negern und Kannibalen, Affen und Papageien umgab. Selkirk jedoch konnte sich, als er 1710 nach England zurückkehrte, nicht wieder eingewöhnen, stets sehnte er sich nach der Schönheit der Insel, ja er schrieb sogar: "Meine geliebte Insel, wie wünschte ich, Dich nie verlassen zu haben".

Weltreserve der Biosphäre

All das rechtfertigte schon 1935, daß die Juan Fernandez-Inseln von der chilenischen Regierung zum Nationalpark erklärt wurden. Seit 1977 zählt die UNESCO sie auf ausdrücklichen Wunsch der chilenischen Regierung zur Weltreserve der Biosphäre; das bedeutet, sie gilt als ein Ort mit einzigartigen Merkmalen und soll unverändert als biologisches und kulturelles Erbe für künftige Generationen bewahrt werden.

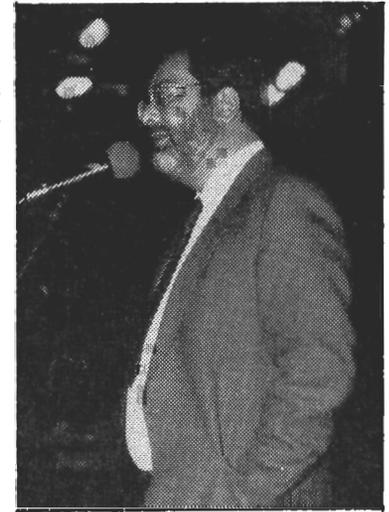
1984 zählte die "Union International para Conservación de la Naturaleza" die Inselgruppe zu einem der am meisten bedrohten Schutzgebiete der Erde. Diese Organisation, in der Hunderte von Ländern und nichtregierungsamtlichen Institutionen zusammengeschlossen sind, betont, daß die Erosion und das Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten, die es nur auf dieser Insel gibt, auf menschliche Eingriffe zurückzuführen sind.

Jedes Entwicklungsprojekt für die Inselgruppe muß notwendig seine ökologische und kulturelle Besonderheit berücksichtigen, betont das Nationale Komitee zur Verteidigung der Fauna und Flora (CODEFF). Diese Organisation weist außerdem daraufhin, daß sowohl die Insel-Einwohner als auch die gesamte Bevölkerung und besonders die Wissenschaftler eine herausragende Bedeutung bei der Bewahrung dieses Erbes spielen müssen. Nach Ansicht von CODEFF darf der herkömmliche Tourismus auf dem Archipel nicht Fuß fassen, da dafür einfach nicht die Voraussetzungen gegeben sind. Eine Alternative für die Entwicklung der Inseln wäre ein alternativer wissenschaftlicher Tourismus, der die biologischen, ökologischen und kulturgeschichtlichen Attraktionen nutzt, die der Archipel bietet. Diese Inseln, erklärt CODEFF, sind die "chilenischen Galapagos", sie dürfen nicht durch Touristen- und Finanzzentren zerstört werden.



Freiheit für Juan Pablo Cárdenas!

Mit einer eigenartig anmutenden Strafe machte die chilenische Justiz vor gut einem Jahr auf sich aufmerksam: damals wurde Juan Pablo Cárdenas, der Chefredakteur des oppositionellen Wochenmagazins ANALISIS, am 29. Januar 1987 zu 3 Jahren nächtlicher Haft verurteilt. In zweiter Instanz wurde dieses Urteil vorübergehend aufgehoben (dem zuständigen Berufungsgericht gehörte Richter Cánovas an, der durch mehrere unabhängige Entscheidungen aufgefallen war, weshalb er im vergangenen Jahr degradiert wurde), doch bestätigte danach der Oberste Gerichtshof die nächtliche Haftstrafe für Juan Pablo Cárdenas, wobei das Strafmaß allerdings auf die Hälfte reduziert wurde, nämlich auf 541 Tage.



Seit dem 8. Juli des vergangenen Jahres verbringt der Chefredakteur seine Nächte in einem kleinen und recht verwehrlosten Gefängnis in der Innenstadt von Santiago. Diese mittelalterlich anmutende Strafe, die bei den meisten Zeitgenossen zunächst ein Schmunzeln hervorruft, ist zum bitteren Alltag geworden. Jede Nacht, pünktlich um 22 Uhr, muss Juan Pablo Cárdenas im Gefängnis erscheinen, morgens wird er unbarmherzig früh um 6 Uhr wieder auf die Straße geschickt. Sein soziales Leben ist hochgradig eingeschränkt, alle Veranstaltungen und Feste mit dem nächtlichen Häftling müssen vor 22 Uhr stattfinden, d.h. zu einer für chilenische Verhältnisse untypisch frühen Zeit. Juan Pablo Cárdenas hat sechs Kinder, die er allenfalls am Wochenende zu Gesicht bekommt, da seine Familie seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen gut 100 km außerhalb von Santiago wohnt. Schließlich ist dies keineswegs die erste Verfolgung bzw. Gefängnisstrafe gegen den Chefredakteur von ANALISIS, der seine Arbeit unbeirrt fortsetzt und darüber hinaus im neugegründeten "Zentrum Simón Bolívar" engagiert ist, das die politische Diskussion innerhalb Lateinamerikas fördern will und im Januar im Beisein von Eduardo Galeano eingeweiht wurde.

Am 24. März kann Juan Pablo Cárdenas "Bergfest" feiern – an diesem Tag hat er die Hälfte der Nächte im Gefängnis abgesessen. Dies bietet gleichzeitig die Chance, den Vollzug der Reststrafe auszusetzen; diese Entscheidung müsste vom Obersten Gerichtshof gefällt werden. Es deutet einiges darauf hin, dass dieses

Regime darauf wartet, dass Juan Pablo Cárdenas selbst um seine "Begnadigung" bittet, er ist jedoch zu einem solchen Kniefall nicht bereit.

Vor einigen Wochen hat sich nun eine Unterstützerguppe gebildet, der neben dem früheren Universitätsrektor Fernando Castillo und dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Radomiro Tomic auch viele andere bekannte Oppositionelle angehören. Das erklärte Ziel dieses Kommandos für die Freiheit von Juan Pablo Cárdenas ist es, die Haftverschonung und die Aufhebung der ungerechten Massnahme zu erreichen.

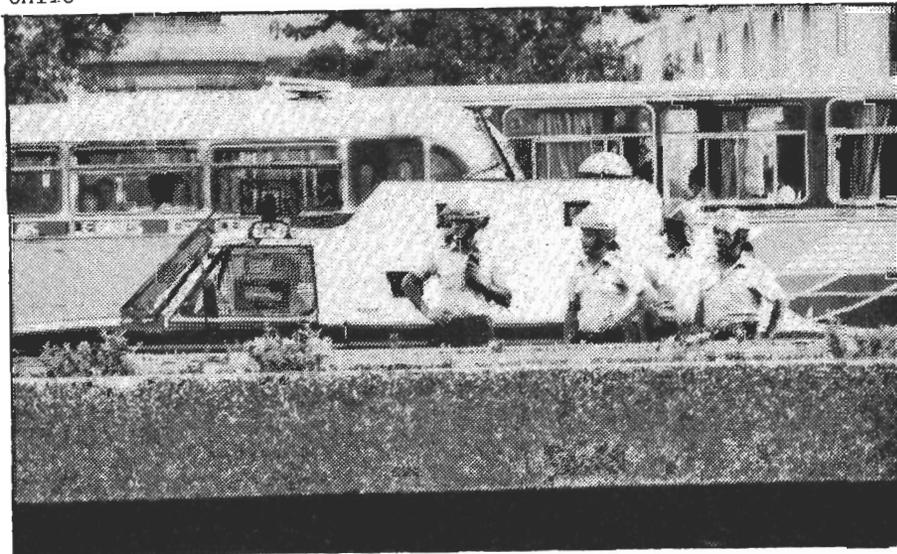
Auch LATEINAMERIKA NACHRICHTEN möchten sich der Bewegung für den verfolgten Chefredakteur anschliessen, da wir über die wiederholten Verstösse gegen die Meinungs- und Pressefreiheit in Chile von General Pinochet seit langem besorgt sind. Die völlig willkürliche und ungerechtfertigte Strafe gegen Juan Pablo Cárdenas ist ein weiterer Beweis für die Unmenschlichkeit und Brutalität der chilenischen Militärdiktatur. Daher fordern wir unsere Leser auf, unverzüglich Briefe an den Obersten Gerichtshof und an den Innenminister zu schicken, um der Forderung nach Haftverschonung und Aufhebung dieser ungerechten Strafe Nachdruck zu verleihen.

Ministro Sergio Fernández
Ministro del Interior
Palacio La Moneda

Presidente Corte Suprema
Senor Rafael Retamal
Corte Suprema

SANTIAGO
Chile

SANTIAGO
Chile



Die Carabineros sind in Santiagos Innenstadt ständig präsent (Foto: Jens Holst)

»Weiterleben, um zu sterben, oder weiterleben, um zu leben«

Der folgende Text ist ein Auszug aus einem Interview mit einem der 15 von der Todesstrafe bedrohten Chilenen. Das Interview wurde im Januar/Februar 1988 schriftlich und auf Umwegen erstellt, da dem Gefangenen derzeit jeder Kontakt mit Ausländern untersagt ist.

Die Kampagne, den Gefangenen in der Bundesrepublik politisches Asyl zu beschaffen, muß weitergehen, da für das Innenministerium in Bonn weiterhin "kein Handlungsbedarf" besteht. Besonders wichtig sind deshalb Rolandos Hinweise auf "die vielen Gesichter" des Todes in den chilenischen Gefängnissen. Zur Zeit häufen sich die Anzeichen, daß die politischen Gefangenen durch eine Häufung kleiner Schikanen dazu gebracht werden sollen, zu revoltieren. Und eine Revolte ist dann ja leicht niederzuschlagen (vgl. Peru 1985) ...

Frage: Kannst Du die Lage der politischen Gefangenen einmal genauer schildern, auch die Situation der mit der Todesstrafe Bedrohten?

Rolando: Ganz allgemein gesagt, ist die Lage schlechter als in früheren Jahren. Sämtliche politischen Gefangenen sind von Geheimdienst und Polizei grausam gefoltert worden, und zwar in einer Kombination aus physischen und psychischen Druckmitteln. Die gegenwärtige Justiz wendet die willkürliche und antidemokratische Gesetzgebung strikt an, die jegliche Grundrechte des Menschen ausschließt. Die Gerichte stellen die gegenwärtige politische und militärische Macht dar und verfolgen Oppositionelle, um das Fortbestehen des Militärregimes zu garantieren. So werden wir beständig in unseren Rechten beschnitten, z.B. was die Prozessabläufe betrifft. Nach fünf, sechs oder mehr Jahren kommt es zu keinem Abschluß der Ermittlungen, die Haftzeiten verlängern sich, ohne daß man wüßte, woran man ist. Wir haben keine Gerichtsbarkeit, die sich unserer Folterwürfe annehmen würde. In zahllosen Hungerstreiks haben wir versucht, unsere schwere und ungerechte Lage publik zu machen.

Das Regime hat im übrigen nicht die geringste Absicht, politische Gefangene auf juristischem Wege freizulassen, sei es durch Straferlass oder Amnestie. Im Gegenteil: wir sehen uns mit Brutalität und Sadismus konfrontiert, der Entwicklung eines Terrorklimas in den Gefängnissen des Landes und Repressalien gegenüber unseren Angehörigen. All dies hat uns in einen Zustand der Ungewißheit, Unsicherheit und Hilflosigkeit versetzt, und nur die Hilfe unserer Angehörigen, des chilenischen Volkes und der internationalen Solidarität haben uns vor einer gefährlichen Hoffnungslosigkeit bewahrt.

Was uns zum Tode Verurteilte betrifft, so wird das Regime alles daran setzen, um uns mit juristischen Mitteln zu liquidieren. Ich persönlich schleppe seit mehr als fünf Jahren das Dilemma mit mir herum: weiterleben, um zu sterben, oder weiterleben, um zu leben? Um meiner menschlichen Würde gerecht zu werden, habe ich dem Leben den Vorzug gegeben, will weiterleben, um zu leben. Ich habe nicht aufgehört, mich nach einem Leben in Freiheit zu sehnen, meine Familie zu lieben und zur demokratischen Entwicklung und dem Frieden in der Welt beizutragen. In diesem hoffnungsvollen Sinn ist es dringend notwendig, durch internationalen Druck besonders der Länder Europas auf das Gewissen jedes einzelnen Richters des Regimes einzuwirken, damit er gegen die Todesstrafe stimmt. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit diesem Martyrium der Ungewißheit.

Frage: Das Todesurteil gegen Carlos García ist ja kürzlich durch das abweichende Votum eines der Richter in lebenslängliche Haft umgewandelt worden. Kann man denn mit weiteren Änderungen dieser Art rechnen und welche Konsequenzen hätte das für das Asyl? Wie ist überhaupt der Stand der Prozesse?



Santiago: 8. März 1988. Auf der Alameda.

(Foto: Jens Holst)

Rolando: Wir haben keine Ahnung. Es gibt immer Gerüchte, es kommen 'Informationen' von da und von dort, daß in den kommenden Tagen, Wochen, Monaten dies und das passiert. Am Ende passiert überhaupt nichts. So ist es immer. Das ist eine nicht zu beschreibende Ungewißheit, die ich meinem schlimmsten Feind nicht wünsche. Es ist wie eine eiserne Klaue, die dich an den Schultern packt und nicht mehr losläßt, manchmal mehr, manchmal weniger, der Schmerz hört nie auf. Was das abgeänderte Urteil von Carlos García betrifft, darf dies nicht heißen, daß er nun von der Bundesregierung nicht mehr beachtet wird. Das würde bedeuten, ihn dem heimlichen, langsamen Tod auszusetzen. Die langen Jahre im Gefängnis haben uns gezeigt, daß der Tod viele Gesichter hat.

"Um meiner menschlichen Würde gerecht zu werden, habe ich dem Leben den Vorzug gegeben."

Es bleibt eine Herausforderung an die internationale Solidarität, den Tod in seinen verschiedenen Formen zu verhindern. Eine Aufforderung an das deutsche Volk, den Kampf um das politische Asyl wieder aufzugreifen. Eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Haft ist keine Garantie für das Überleben, keiner von uns ist gegen ein Attentat auf unser Leben gefeit. Und wer fragt nach dem schweren Schaden, der uns und unseren Angehörigen zugefügt wurde und wird, nach unseren schlaflosen Nächten, unseren Alpträumen?

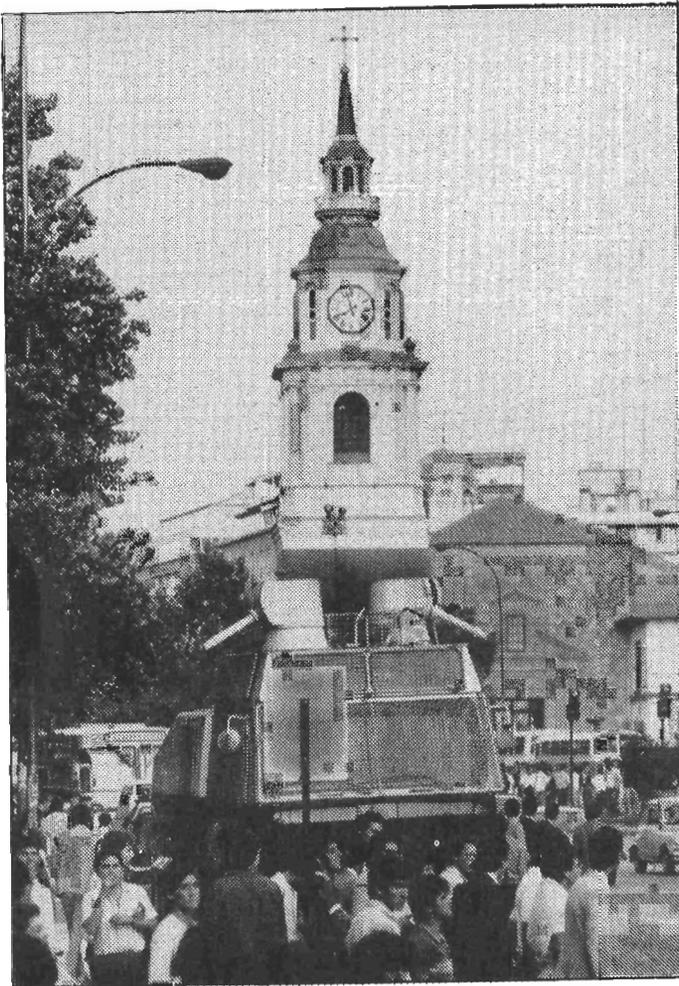
(Anm. der Red.: Gegen Carlos García laufen noch mehrere weitere Prozesse, in denen ebenfalls die Todesstrafe verhängt werden kann.)

Frage: Würdest Du ein Asylangebot annehmen und gingest Du wieder in die Bundesrepublik, wo Du schon einmal im Exil warst?

Rolando: Ich habe Menschen im Gefängnis leiden und sterben sehen, habe selbst einmal beinahe das Leben verloren, als der Geheimdienst uns vom Dach des Gefängnisses aus beschossen hat. Ich habe um Genossen geweint, die im Gefängnis ermordet wurden. Ich mußte mit Leuten zusammenleben, die andere soziale Werte haben, unvereinbar mit denen eines politischen Gefangenen. Ich muß seit Jahren getrennt von meiner Familie leben, eingesperrt auf ungewisse Zeit... Ich mußte ... wozu soll ich die erlittene Folter während der Verhaftung noch einmal erzählen ... ja, ohne Zweifel akzeptiere ich den Weg ins Exil als ersten Schritt ins Leben und in die Freiheit. Jedes Land, das sich durch die Achtung der Menschenrechte auszeichnet und großzügig seine Unterstützung anbietet, ist mit recht.

Frage: Möchtest Du noch etwas äußern, das Dir wichtig ist ?

Rolando: Ich möchte noch einmal meine Dankbarkeit und Bewunderung für alle Bemühungen um die Wiederherstellung der Demokratie und



Santiago: Zum Internationalen Tag der Frau mußte das Regime einige seiner Wasserwerfer auf die Straße schicken.

(Foto: Jens Holst)

der Menschenrechte in Chile ausdrücken. Für jeden Einsatz, das Leben von Männern und Frauen zu retten, die nichts anderes getan haben als gegen die Tyrannei zu rebellieren. Ich möchte noch einmal appellieren an alle Menschen mit tiefer politischer und religiöser Überzeugung, sich für eine sofortige Asylgewährung für uns einzusetzen. Ich möchte außerdem meinen Dank aussprechen der 'taz' und allen andern Medien, die im vergangenen Jahr einen Teil meines Offenen Briefs veröffentlicht haben. Und ich möchte einen brüderlichen Gruß senden an die Stadt, die meine zweite Heimat ist: Göttingen. Verbunden mit der Überzeugung, daß Leben und Freiheit über Tod und Gefängnis siegen werden, und im Vertrauen in die Menschlichkeit.

Leserbrief

Chile: Dia de la mujer, LN 169

Heute habe ich die Nr. 169 der LN bekommen, und leider muß ich Euch schreiben, daß die Berichterstattung zu Chile bedauerlich ausgefallen ist. Z.B. der Artikel über den 8. März (S.36): Auch für Euch scheint Chile nur aus Santiago zu bestehen; anders ist Eure Äußerung am Schluß dieses Artikels nicht zu verstehen.

In Valparaíso gab es am 8. März eine - selbstverständlich verbotene - Frauendemo mit ca. 1000 Teilnehmerinnen, die über drei Stunden hinweg ging, in deren Verlauf es zu Straßenblockaden und ähnlichem kam und bei der 35 Personen verhaftet wurden, in der Mehrzahl Frauen, aber auch zwei Journalisten.

Vorausgegangen war dieser Demo, die von den aktiven Frauen in Valparaíso als Erfolg eingestuft wird, eine massive Eischüchterungskampagne der Diktatur, der die Frauen dadurch gut begegnen konnten, daß es in der V. Region eine "Coordinadora de Mujeres por la Vida y la Democracia" gibt, in der ein sehr breites Spektrum von Frauen aus der Opposition vertreten ist.

Im Mercurio (!) vom 9. März 1988 wird ausführlich (mit Foto!!) über die Demo berichtet, allerdings werden nur 300 TeilnehmerInnen angegeben. Aber das kennen wir ja von unseren Zeitungen auch. Wenn Ihr also von "ein paar Festnahmen" schreibt, solltet Ihr Euch vielleicht vorher richtig informieren.

Ein Festival im Jahr der Entscheidung, LN 169

Zu dem Artikel "Ein Festival im Jahr der Entscheidung" (S.28) ist schon im Hinblick auf den Titel viel zu sagen. Fallt doch bitte nicht auch Ihr auf Pinochets Rummel rein und redet von "Entscheidung"; die Entscheidung im Rahmen des Pinochet-Plebiszits ist die Auswahl zwischen Pinochet und Pinochet (bei Ja und bei Nein).

Auch wäre es informativer, über die sich auftuende Kluft zwischen den hilflosen Bemühungen der Spitzen der politischen Parteien, in Pinochets Ordnung einen Platz zu erobern, und dem wachsenden Unmut an der Basis - und dieses Phänomen trifft alle Parteien - ob dieser "politiqueria" zu berichten, anstatt immer wieder der falschen Alternative Sí o No aufzusitzen.

Es steht zu erwarten, daß im Verlauf dieses Jahres gerade von der Basis einiges an Aktionen, Aktivitäten und Protesten zu erwarten ist, das sich nicht auf dieses Plebiszitproblem beschränkt, sondern an den derzeitigen Grundproblemen der chilenischen Bevölkerungsmehrheit orientiert - Wohnung, Essen, Arbeit usw.; wünschenswert wäre es, daß die LeserInnen der LN darüber informiert würden, was da im Anzug ist.

Petra Isabel Schlagenhaut

Antwort der Autoren zum Leserbrief

Mehr als ein Defizit oder eine Fehlorientierung in der Chile-Berichterstattung der LN aufzuzeigen, macht der oben abgedruckte Leserbrief vor allem eines klar: Die Wahrnehmung der chilenischen Realität im Land selber hat wenig mit dem in Europa herrschenden Eindruck zu tun. Beide kritisierten Artikel wurden in Chile verfaßt, was nun keineswegs heißen soll, daß automatisch alles richtig ist, was darin steht. Wenn in dem Artikel zum Internationalen Frauentag nur auf die Ereignisse in Santiago eingegangen wird, so ist das zugegebenermaßen unvollständig. Eine redaktionelle Ergänzung dieser Momentaufnahme wäre sicherlich angebracht gewesen.

Dennoch haben wir nach wie vor Zweifel, ob uns die genaue Kenntnis der Vorfälle in Valparaíso und übrigens auch in Concepción (dort gab es sogar ein Todesopfer) zu einer anderen Gesamtschätzung geführt hätte, als sie im letzten Satz des o.g. Artikels - zugegebenermaßen etwas zynisch - angedeutet wird. Denn zu der im Leserbrief erwähnten Protestaktion in Valparaíso sollte noch einiges gesagt werden. Zum einen gibt die Verfasserin selber den Grund an, warum, diese nach ihren Angaben so erfolgreiche Demonstration zustande kam: In der V. Region gibt es eine breite oppositionelle Frauenbewegung, was deshalb bemerkenswert ist, da eine solche woanders nicht zu erkennen ist. Auch Valparaíso ist nicht Chile, selbst wenn es kürzlich als Standort für den neuen Kongreß ausgewählt wurde. Zum anderen sei bemerkt, daß ein weiteres Redaktionsmitglied am 8. März trotz genauer Orts- und Zeitangaben vergeblich eine Demo im Santiagoer Stadtteil Providencia suchte, die ebenso hinterher von den Beteiligten als großer Erfolg eingestuft wurde. Wie ist der Erfolg zu werten, wenn mensch nicht einmal in den Nebenstraßen etwas von dem Protest bemerkt?



Von dieser Demonstration am Internationalen Tag der Frau in Providencia war in der unmittelbaren Umgebung nichts zu merken!

Im Hinblick auf den Artikel "Ein Festival im Jahr der Entscheidung" müssen wir eingestehen, daß der Titel sicherlich nicht besonders glücklich gewählt ist. Auch wenn dadurch bei dem/der einen oder anderen LeserIn dieser Eindruck entstanden sein könnte, der Autor ist keineswegs "Pinochets Rummel" aufgesessen (vgl. etwa S.35, Ende des 1. Abs.), sondern hat sich vielmehr durch den in Chile bis weit in die linke Opposition hinein gebräuchlichen Sprachduktus verführen lassen. Die Diskussion, ob mensch nun Pinochets Spiel mitspielen oder sich verweigern soll, ist faktisch in den Hintergrund getreten. Ob man/frau es nun gut findet oder nicht, die Frage des SI oder NO bestimmt die öffentliche Diskussion sogar in den oppositionellen Kreisen, die das Plebiszit bisher rundherum ablehnen. Niemand kann sich auf Dauer dem Tagesgeschehen verschließen, und Pinochet bestimmt eben noch, wo es lang geht, weil viele mitspielen und andere nicht außen vor bleiben wollen.

SÍ, a la UF
SÍ, a la cesantía
SÍ, a la tortura
SÍ, a pagar la salud
SÍ, a niños comiendo en la basura
....SÍ, huevón

Por Chile
¡NO MAS PINOCHET!
Derrotemos el fraude

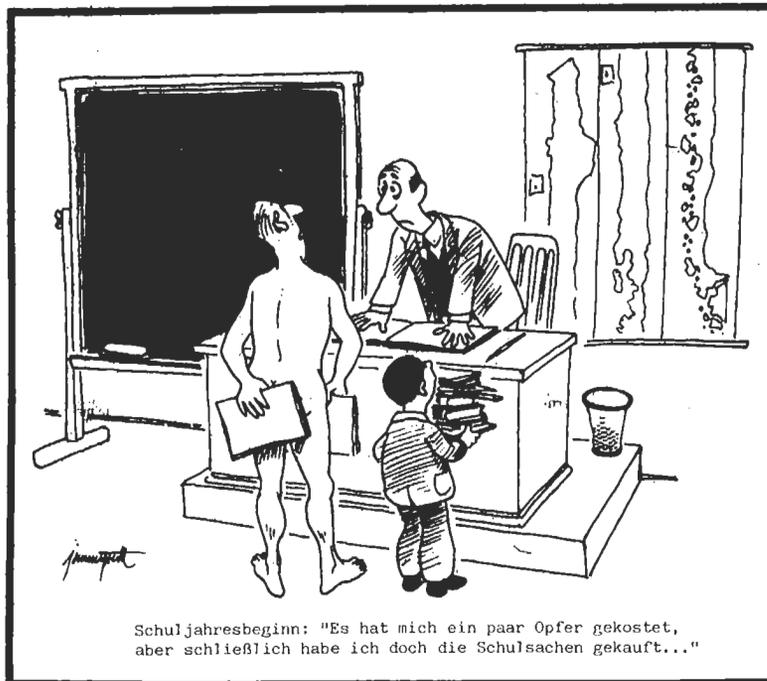


Selbst linke Gruppen, die das Plebiszit rundherum ablehnen, nehmen in ihren Flugblättern auf das SI oder No Bezug

Der Grund dafür ist schlicht und ergreifend der Mangel an Alternativen. Der Autor des kritisierten Artikels hätte mit der größten Begeisterung über "Aktionen, Aktivitäten und Proteste" berichtet, die "sich nicht auf das Plebiszitproblem" beschränken. Allein, es war nichts Nennenswertes auszumachen! (Der/die geneigte LeserIn wird sich bei der Lektüre dieses Heftes davon überzeugen können, daß wir sehr gerne auch über Aktionen berichten, auch wenn deren Tragweite eher begrenzt ist.) Es wäre interessant zu erfahren, welche Informationen die Verfasserin des Leserbriefs über anstehende Proteste und Widerstandsaktionen hat, in Chile konnte niemand den Autor darüber aufklären, "was da im Anzug ist!" Es gab nur vage Vorstellungen über das, was zu passieren hätte - und der 8. März war trotz der verschiedenen gut besuchten Demos nun wirklich nicht ermutigend. Lösungsansätze für die Grundprobleme der Bevölkerungsmehrheit beschränken sich auf Individuen

oder kleine Gruppen, und die populistische Politik des Regimes ist nun einmal verdammt erfolgreich gewesen. Die Geschenke und Zuwendungen wirken eben entpolitisierend, und die Anhängerschaft von Partido Nacional und Avanzada Nacional in den poblaciones ist bestimmt nicht geschrumpft. Kurzum, auch wenn es ungerne gehört wird: Chile steckt 1988 nicht in der vorrevolutionären Phase, die sich viele interessierte Beobachter im Ausland erhoffen. Nicht die Berichterstattung der LN ist bedauerlich, sondern die politische Entwicklung in diesem südamerikanischen Land. Und daran ändert auch nichts, daß die LN durch solche Einschätzungen als defätistisch oder Pinochets Rummel aufgesessen oder auch als spalterisch angegriffen werden, wie an anderer Stelle im Zusammenhang mit der Berichterstattung über El Salvador.

Unabhängig voneinander mußten mehrere Redaktionsmitglieder im Laufe mehrmonatiger Lateinamerika-Aufenthalte feststellen, daß die Realität in den verschiedenen Ländern vielseitiger, komplexer und in vielen Punkten viel alltäglicher ist, als sie hier in den Solidaritäts-Bewegungen reflektiert wird. Es ist eben nicht alles Schwarz-Weiß, einfach in Gut und Böse zu unterteilen. Eine solche Unterteilung hat durchaus ihre Berechtigung, um sich einen Zugang zur politischen und sozialen Situation in den jeweiligen Ländern zu verschaffen. Wenn sich solche grundsätzlichen Kriterien allerdings zu Dogmen ausweiten, wird nicht nur der Inhalt der Soli-Arbeit fragwürdig, sondern auch die politische Bedeutung.



Schuljahresbeginn: "Es hat mich ein paar Opfer gekostet, aber schließlich habe ich doch die Schulsachen gekauft..."

ARGENTINIEN

Ökonomische Misere und gewerkschaftlicher Widerstand

"Lehrer im Streik für bessere und einheitliche Gehälter", so die Plakate, die seit Schulbeginn in allen Landesteilen Argentiniens zu sehen sind. Daß Lehrer streiken, ist in Argentinien nicht neu und angesichts ihrer traditionell miserablen Entlohnung auch verständlich. Zum erneuten Reallohnverlust der letzten Monate kommt für sie jedoch noch ein weiteres Ärgernis hinzu: die ungleiche Bezahlung.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der nationalen Lehrgewerkschaft (CTERA) und dem Bildungsministerium, die bereits seit Februar geführt worden waren, zu keiner Übereinkunft geführt hatten, entschlossen sich die Gewerkschaftsmitglieder mit großer Mehrheit zu einem unbefristeten Streik. So waren also die Grundschullehrer zu Schulbeginn nicht in den Klassenzimmern zu finden, sondern landesweit auf der Straße. "Alle Jahre wieder...", wie die bürgerliche Presse betont und mißgestimmt darauf hinweist, daß schließlich jede Familie ein Recht darauf habe, daß ihre Kinder Unterricht erhalten, wenn Anfang März das Schuljahr beginnt. Doch wie im letzten Jahr wurde auch diesmal nichts daraus.

Die Forderungen der Lehrer sind eigentlich schon lange bekannt und lagen zudem schon Ende letzten Jahres in konkreter Form auf dem Tisch des Bildungsministers. Außerdem werden sie von den meisten als gerechtfertigt angesehen. Die Gehälter der Lehrer sind nämlich so schlecht und zudem in den letzten Monaten durch den Anstieg der Lebenshaltungskosten real so rapide gefallen, daß jedem klar sein mußte, daß es so wirklich nicht mehr weitergehen konnte. In den letzten Jahren waren immer mehr Lehrer dazu gezwungen, sich Zweit- oder sogar Drittbeschäftigungen zu suchen, denn von ca. 400 Australes (50 - 60 Dollar) kann heute auch in Argentinien niemand mehr leben. So ist der Fall durchaus nicht selten, daß ein Lehrer nach den in einer Schule abgeleiteten Unterrichtsstunden schnell zu seinem zweiten Arbeitsplatz fährt, um dort vor der nächsten Klasse Unterricht zu halten. Es ist daher kein Wunder, wie es neuere Untersuchungen belegen, daß die Unterrichtsqualität an argentinischen Schulen stark nachgelassen hat.

Kampf um Gleichbehandlung

Das zweite Problem jedoch, auf das sich die gewerkschaftlichen Forderungen beziehen, ist die unterschiedliche Bezahlung der Lehrer je nach ihrem Arbeitgeber: dies kann z.B. die Zentralregierung, eine Provinzregierung oder eine Privatschule sein. Die Gehälter für die gleiche Anzahl an Unterrichtsstunden an einem gleichrangigen Schultyp können bis zu 50% unterschiedlich sein. Gerade das historisch recht konfliktreiche Verhältnis zwischen Provinzen und Zentralregierung stellt jedoch ein großes Hindernis für die Lösung der Auseinandersetzung dar. Gerade auch bei bildungspolitischen Entscheidungen ist dieser Konflikt immer wieder von entscheidender Bedeutung gewesen.

Während der letzten Militärdiktatur hatte man die von der nationalen Regierung verwalteten Grundschulen an die Provinzen transferiert. Was zunächst als dezentralisierende Maßnahme von vielen begrüßt worden war, entpuppte sich jedoch sehr schnell als Farce. Die finanziellen Belastungen, die damit auf die Provinzverwaltungen zukamen, waren zu hoch, und die Unterstützung der Zentralregierung reichte hinten und vorne nicht. Konsequenz dieser Entscheidung war somit die Schließung zahlreicher Schulen oder die Übertragung an private Kapitalgeber. Die katholische Kirche, die in Argentinien mehr als 70% aller Privatschulen kontrolliert und damit ein ausgezeichnetes Geschäft macht,



"Wir hören nicht auf zu lehren, wir lehren zu kämpfen!" (Foto: Jens Holst)

Als 1983 die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt wurde, ging es auch um eine Neuregelung der finanziellen Unterstützung für die Provinzen. Der harte politische Kampf zwischen der von der UCR-(Radikale Bürgerunion-) geführten Zentralregierung und den mehrheitlich peronistisch regierten Provinzen führte schließlich im letzten Jahr zu einer vorübergehenden Übereinkunft: Mittels des Gesetzes zum föderalen Finanzausgleich (coparticipación federal) wurden vorübergehend die Unterstützungszahlungen an die Provinzen neu festgelegt. Die wachsende ökonomische Misere und die steigende Verschuldung einzelner Provinzen bei der Zentralregierung hat es jedoch gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Lehrerstreik notwendig gemacht, erneut über die Umverteilung von Geldmitteln zu verhandeln. Seit mehreren Wochen sitzen nun schon die Vertreter der Provinzregierungen mit denen der zuständigen Ministerien in Buenos Aires zusammen und diskutieren die Neuregelung der in Artikel 21 des Gesetzes festgelegten Zahlungen an die einzelnen Provinzen.



Auch Schülerorganisationen schlossen sich den Demonstrationen an. (Foto: Jens Holst)

Am 25.3. zogen 20 000 Lehrer auf die Plaza de Mayo vor den Regierungssitz. Viele hatten sich ihren weißen Arbeitskittel übergezogen, wie er in den Grundschulen Argentiniens üblicherweise von Lehrern und Schülern getragen wird. Eine der eindrucksvollsten Gewerkschaftsveranstaltungen seit 1983. Aber auch dadurch konnte nicht mehr Druck ausgeübt werden, um die zähen Verhand-

lungen zu beschleunigen. In der Diskussion ist bereits seit mehreren Tagen eine Kompromißformel: Heraufsetzen der Gehälter zunächst auf 560 Australes und ab dem 1.1.1989 eine Festlegung auf eine Summe, die heute 700 Australes (ca. 100 Dollar) entspräche. Zumindest beinhalte dies einen gewissen Inflationsausgleich. Die Regierungsseite hat jedoch bereits angekündigt, daß dafür 30 Millionen Dollar pro Jahr mehr an Haushaltsmitteln notwendig seien. Die Gewerkschaften halten in Übereinstimmung mit ihrer Basis an ihrer Forderung von 770 Australes fest. Doch je länger die Verhandlungen dauern, um so unwahrscheinlicher wird eine einheitliche Lösung. In einigen Provinzen liegen bereits Angebote vor, die es wahrscheinlicher machen, daß man sich auf dieser Ebene einigt. Damit wäre jedoch das entscheidende Ziel der nationalen Lehrergewerkschaft, nämlich "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" nicht erreicht worden.

Nachbesserung

In unserer Februar-Ausgabe (LN167) hatten wir unter dem Titel "Viel Glück, Herr Oberstleutnant!" einige Passagen aus dem Ende letzten Jahres in Argentinien erschienen Buch "Por qué, doctor Alfonsín?" übersetzt. In ihnen hatte Präsident Alfonsín seinem Hofjournalisten Pablo Giussani die von Oberstleutnant Aldo Rico angeführte Militärrebellion zu Ostern vergangenen Jahres aus seiner Sicht geschildert; eine erschreckende, fast tragi-komische Schilderung, mit der sich Alfonsín völlige politische Naivität bescheinigt - oder absolute Unverfrorenheit, so eine Story mit Anspruch auf Ernsthaftigkeit aufzutischen ("Rico stellte keine Forderungen" etc).

Nun, angesichts der erneuten, wiederum von Rico angeführten Militärrebellion im Januar dieses Jahres befand auch der Herausgeber des Buches Pablo Giussani, daß diese Schilderung für seinen Präsidenten wenig vorteilhaft sei. So kam es denn nur einen Tag nach der Aufgabe der Rebellen, am 20. Januar, zu einem Anruf Giussanis bei dem Verlag "Editore Riuniti" in Rom, mit dem die italienische Übersetzung des Buches vereinbart ist. Es sei notwendig, einige Absätze über die Militärfrage nachzubessern...

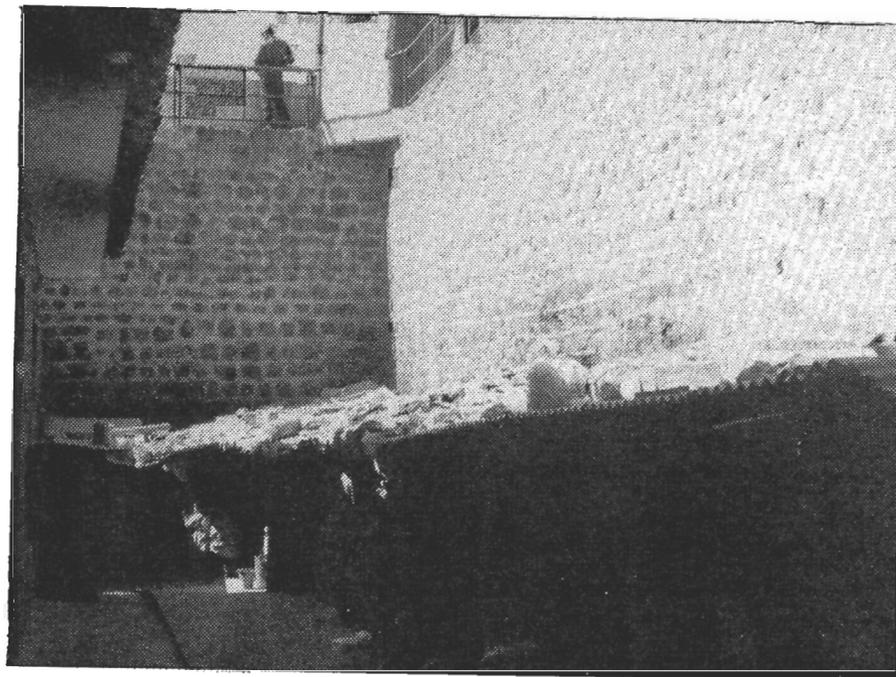
(Quelle: El Periodista N°179, 22.2.88)

PERU

Untersuchungsbericht zum Gefängnismassaker

Die Hintergründe des Gefängnismassakers im Juni 1986 sind geklärt. Ende letzten Jahres lagen dem peruanischen Parlament zwei Untersuchungsberichte vor. Der Ames-Bericht, der Garcia und den Ministerrat für das Blutbad politisch verantwortlich macht, wurde von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt, zugunsten des APRA-Berichtes, der Präsident und Minister von jeder Schuld freispricht.

Mindestens 250 Gefangene wurden im Juni 1986 bei dem Gefängnismassaker getötet. Staatspräsident Garcia hatte die Verantwortung für die Niederschlagung der Aufstände in drei Gefängnissen dem Militär übertragen. Die Folge war eine militärische Operation von Marine, Heer und Luftwaffe, die in einem grausamen Blutbad endete. Einen Tag nach dem brutalen Massenmord hatte der saubere Garcia jede Verantwortung von sich gewiesen und angekündigt, die Schuldigen zu bestrafen. (siehe Bericht in LN 151)



Frauengefängnis in Ayacucho

Erst im August wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission unter Vorsitz des oppositionellen Senators Rolando Ames eingesetzt. Der Bericht, den Ames im Dezember 1987 vorlegte, fordert im Ergebnis den Kongreß auf, ein verfassungsrechtliches Verfahren gegen Präsident Garcia und seine Regierung in Gang zu bringen. Dieser Bericht wurde jedoch von den Kommissionsmitgliedern der APRA, einem Rechtsoppositionellen und einem Unabhängigen nicht akzeptiert. Sie legten eine zweite Auswertung vor, in der Garcia und der Ministerrat von jeder Verantwortung freigesprochen werden. Dieser APRA-Bericht wurde am 11. Dezember vom Parlament angenommen, ohne daß die Mitglieder zuvor ausreichend Zeit hatten, um beide Berichte zu lesen und zu diskutieren. Die IU verließ aus Protest das Parlament, die Abstimmung erfolgte ohne sie.

Auch wenn von staatlicher Seite nicht anerkannt, so zeigt der Ames-Bericht ein Stück Wahrheit, die man zwar leugnen, aber nicht mehr ausradieren kann.

Der AMES-Bericht

Nach einer genauen Analyse der Vorgeschichte und der Ereignisse am 18. und 19. Juni 1986 kommt der Bericht zu der Schlußfolgerung, daß Garcia und sein Ministerrat für das brutale und blutige Massaker politisch verantwortlich sind. Schon Monate vor dem militärischen Angriff hatten die Unruhen in den Gefängnissen zugenommen. Inhaftierte machten den Vorwurf, es würde ein Genozid vorbereitet. Der Marineminister hatte am 7.6.86 die Todesstrafe für Terroristen gefordert. Die Gefangenen gaben ihrer Angst vor einer Vernichtung im Zusammenhang mit der Verlegung in andere Gefängnisse im November 1985 vor dem 12. Gerichtshof bekannt. Im Mai 1986 legten 318 Inhaftierte ein Schutzbegehren vor, das von einem Richter des 15. Zivilgerichtes für begründet erklärt wurde.

Am 18. Juni begannen um sechs Uhr morgens Meutereien in drei Gefängnissen in Lima bzw. Lima/Callao, Wärter wurden als Geisel genommen und entwaffnet.

Um kurz vor zwölf trat der benachrichtigte Ministerrat zu einer Besprechung zusammen. Präsident Garcia, der den Vorsitz hatte, bestimmte, daß es notwendig sei, "die Ordnung in den Gefängnissen mit der größten Anstrengung; die das Gesetz zuläßt, wiederherzustellen." Der Rat ordnete das Eingreifen der Polizei und ihre Unterstützung durch Heer, Marine und Luftwaffe an. "Die Ordnungskräfte sollen bei der Erfüllung ihrer Mission mit Tatkraft und Entschlossenheit handeln ..."

Am folgenden Tag kam die Ministerrunde nach "gelungener Mission" erneut zusammen, um festzustellen, daß Ordnung und Autorität wiederhergestellt seien und "daß dies ein Präze-

denzfall dafür ist, wie eine demokratische Regierung innerhalb der Grenzen des Gesetzes, aber mit Autorität handeln müsse".

In einem Dekret wurden die Gefängnisse zur militärischen Sperrzone erklärt und unter die Zuständigkeit des Comando Conjunto gestellt.

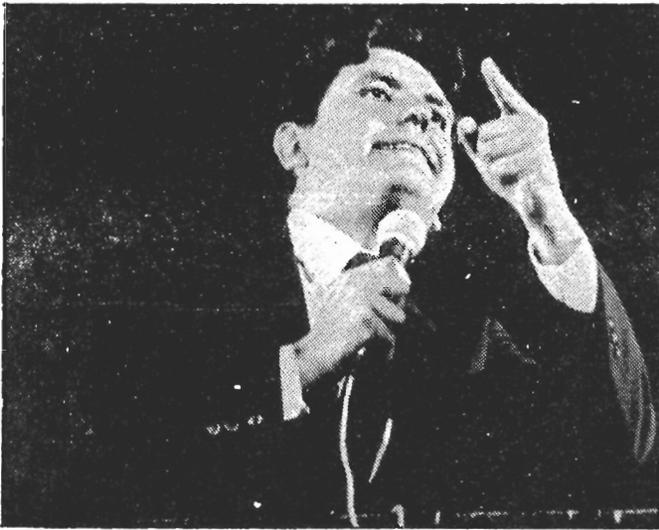
Ergebnisse

Der Untersuchungsbericht kommt zu mehreren Schlußfolgerungen:

- 1) Die Regierung ließ es an der nötigen Vorrassicht fehlen.
- 2) Auf der ersten Ministerratssitzung wurden falsche Informationen vermittelt, und die Meutereien übertrieben dargestellt
- 3) Das Eingreifen von Justiz und Staatsanwalt wurde verhindert.
- 4) Die Regierung hat ihre Verpflichtung, das menschliche Leben zu schützen, nicht erfüllt, stattdessen gab sie Befehle, die zu einer nicht zu rechtfertigenden Zahl von Toten führte. Präsident Garcia und der Ministerrat haben nicht nur die Streitkräfte mit der Niederschlagung des Aufstandes beauftragt, sondern darüber hinaus befohlen, das Ziel in möglichst kurzer Zeit zu erreichen. Der Beschluß erwähnt dagegen keine Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Geiseln und Gefangenen.
- 5) Den Ordnungskräften werden rechtswidrige Handlungen, Exekutionen und brutales Vorgehen nachgewiesen. Zur Verteidigung von Verfassung und Gesetz wandten sie die "antisubversive Strategie" an, die im Kampf gegen Terroristen bewußt gegen die Normen der Genfer Konvention verstößt. Die Regierung wußte von der Anwendung dieser Doktrin und ließ sie zu.
- 6) Im Anschluß an die Niederschlagung der Aufstände versuchte die Regierung, das Massaker zu decken. Indem sie die Gefängnisse zur militärischen Sperrzone erklärte, völlig illegal, verbot sie Richtern und sonstigen Zivilisten den Zutritt. Die Beerdigung der Opfer durch die Streitkräfte ist ebenfalls ein Beweis für Verdunkelung von Seiten des Staates.

Die Untersuchungskommission stellt fest, daß drei Aspekte zu dem Massaker geführt haben. Erstens die Entscheidung, die Aufstände durch die Streitkräfte niederschlagen zu lassen. Zweitens nennt sie das repressive Verhalten von Angehörigen der Ordnungskräfte, das in letzter Zeit bei den Offizieren immer mehr an Raum gewonnen hat. Der dritte Aspekt ist die in Peru zur Gewohnheit gewordene Aufhebung der Rechtsordnung durch Ausrufung des Ausnahmezustandes.

Der Ames-Bericht, selbst von APRA-Abgeordneten öffentlich als objektiv und seriös beurteilt, zeigt peruanische Realität.



Präsident Garcia

Bei der parlamentarischen Abstimmung ist bewußt versucht worden, die Wahrheit zu verheimlichen. Mit dieser öffentlichen Irreführung haben Garcia und die APRA wieder einmal versucht, mit sauberer Weste darzustehen. Aber der Stoff hat inzwischen Risse bekommen, die zunehmende Gewalt und Brutalität hinterläßt seine Spuren, die nicht immer zu verwischen sind. Garcias schmutzige Hände werden selbst dann sichtbar, wenn er bei der Suche nach Schuld auf die anderen zeigt.

Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Gefängnismassakern ist vom Peru-AK im Weltladen Tübingen übersetzt und zusammengefaßt worden. Er ist in einer Sonderausgabe des Peru-Reports erhältlich.

EL SALVADOR

Streik der Telefonarbeiter

Der folgende Bericht zeigt am Beispiel der staatlichen Telefongewerkschaft ASTTEL einmal mehr die miserable wirtschaftliche Situation der Arbeiter, die ständige Verletzung von gewerkschaftlichen Rechten, und geht dann auf die neue Taktik der Repression ein, die nach der Amnestie im Oktober 1987 in der Folge des Dialoges zwischen der Duarte-Regierung und der FMLN/FDR v.a. Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen trifft.

Die Gewerkschaft der staatlichen Telefongesellschaft ANTEL hat sich im Jahre 1984 neu gegründet, nachdem 1981 die gesamte Gewerkschaftsführung ermordet und die Gewerkschaft zerschlagen worden waren. Nach fruchtlosen Verhandlungen wurde erst nach einem landesweiten Streik im April 1985 die Eintragung als juristische Person und damit die Voraussetzung für Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen durch betriebliche Vereinbarungen durchgesetzt.

Seitdem versucht ASTTEL, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Im November 1985 wurde das Mitglied der Gewerkschaftsleitung, José Humberto Centeno verhaftet, geschlagen und erst nach einem 19tägigen landesweiten Streik wieder freigelassen.

Ein paar Tage nach seiner Verhaftung wurden seine beiden 18 und 19 Jahre alten Söhne verhaftet und brutal mit Elektroschocks, mit Schlägen auf die Ohren, Eintauchen bis zum Ersticken und Überstülpen von Kalksäcken über den Kopf gefoltert. Erst unter der Drohung, ihren gefangenen Vater zu ermorden, unterzeichneten sie blind ein Geständnis zu der Anklage, Colonel Avalos entführt zu haben. Sie wurden erst mit der Amnestie im Oktober 1987 freigelassen.

Um den Verhandlungserfolg betrogen

Ihr Vater hat sich aber nie mundtot machen lassen. Humberto Centeno ist weiter Mitglied des Leitungsgremiums von ASTTEL und vertritt die Gewerkschaft im Gewerkschaftsdachverband UNTS. Im September 1986 erreichte ASTTEL eine betriebliche Vereinbarung mit den folgenden Hauptpunkten:

1.) Verrentung nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit,
2.) Entschädigung bei Versetzung oder Kündigung,
3.) Aufhebung der Rückstufung (in Arbeit und Lohn),
4.) Absicherung aller Arbeiter durch Renten,
5.) Bezahlung der Überstunden für Telegrafisten, Telefonisten, Bo-

ten und den Wachdienst, die derzeit 96 Stunden wöchentlich arbeiten, 6.) Respektierung der Gewerkschaft, d.h. keine Repression wegen Mitgliedschaft oder gewerkschaftlicher Arbeit, 7.) Verbesserungen bei der Alters- und Krankenversorgung.

Nach der Unterzeichnung hat sich die Geschäftsführung von ANTEL aber nicht an diese Vereinbarungen gehalten, so daß die Arbeiter ihren Forderungen durch Aktionen in einem 51tägigem Streik Nachdruck verliehen. Die einzige Antwort der Geschäftsleitung war die Entlassung von 20 Technikern. Seitdem versuchen die Arbeiter, das durchzusetzen, was die Geschäftsleitung unterzeichnet hat, aber sich weigert, einzuhalten.

Seit dem 9. Juli 1987 hat die Geschäftsführung das gesamte Leitungsgremium der Gewerkschaft ausgesperrt. Zwar ist die Aussperrung - eine Seltenheit in diesem Lande - für illegal erklärt worden. Doch die Geschäftsleitung zahlt lediglich den Lohn weiter, Zutritt zum Arbeitsplatz hat die Gewerkschaftsleitung bis heute nicht.

Weitere Repressionsmaßnahme war die Militarisierung aller Arbeitsplätze. Obwohl die Telefongesellschaft einen eigenen Wachdienst hat, patrouillieren nun Einheiten des Militärs und der Polizei mit der Waffe im Anschlag draußen und in den Gebäuden, so daß praktisch unter Militärbesetzung gearbeitet werden muß. Der Wachdienst von ANTEL, der sich aus Ex-Soldaten rekrutiert, war nämlich zum großen Teil in ASTTEL organisiert und hatte - nicht nur bezüglich der Forderungen der Bezahlung auch in Hinblick auf die Überstunden - die Kämpfe der Gewerkschaft unterstützt.

ASTTEL hat mehrfach versucht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen; die Geschäftsleitung hatte nur eine Antwort parat: es gibt nichts zu verhandeln. ASTTEL wandte sich dann an den Arbeitsminister als "Schlichter" in Arbeitskonflikten, um eine Verhandlungslösung zu erreichen. Dies war aber ein fruchtloses Unternehmen. Auch die Versuche, die Einhaltung der Vereinbarungen gerichtlich durchzusetzen, sind gescheitert.

Aktive Gewerkschafter sind Todeskandidaten

ANTEL sorgte dagegen für die Gründung einer zweiten Gewerkschaft, ASTA, in der zwar kaum Arbeiter organisiert ist, mit der aber sofort Verhandlungen aufgenommen wurden, die nach den Verlautbarungen in der Presse in "herzlicher Atmosphäre" stattfanden.

Das Wohlverhalten der Splittergewerkschaft zahlte sich aus - für ihre Mitglieder. Die Geschäftsleitung gestand den Angehörigen dieser Gewerkschaft gewisse Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen zu. Alle übrigen Arbeiter von ANTEL gingen leer aus. ASTTEL rief daraufhin zu Punktstreiks auf. Am 8.7., am 24.7 und am 12. 8. 1987 legten die Gewerkschafter jeweils für vier Stunden die Arbeit nieder. Nicht unmittelbar, jedoch einige Zeit später trafen sie erneute Repressalien.

Nach der Amnestie vom Oktober 1987 ist eine neue Taktik zu beobachten. Wurden früher Gewerkschaftsmitglieder gefangen genommen, gefoltert und mit erzwungenen Geständnissen über angebliche Aktivitäten in der FMLN jahrelang in Haft gehalten, so überwiegen jetzt kurzzeitige Gefangennahmen von wenigen Stunden bis zu drei Tagen. Sie werden freigelassen, noch bevor der internationale Protest eintrifft. Dafür ist man dazu übergegangen, sie auf offener Straße durch schwer bewaffnete Zivilisten erschießen zu lassen. Regierung und Geschäftsleitung haben angeblich mit den "Todesschwadronen" nichts zu tun und zeigen auf ihre sauberen Hände.

So wurde am 11.11. 1987 das Mitglied der Gewerkschaftsleitung, Catalan in San Miguel gefangen genommen und auf den sofort einsetzenden Protest und Streik der Arbeiter nach vier Stunden wieder freigelassen. Am 18.12.1987 blieb es nicht bei einer Gefangennahme. An diesem Tag wurde das ASTTEL-Mitglied Medardo Ceferino Ayala von den bekannten, schwer bewaffneten, zivil gekleideten Männern erschossen. Am 13.1. 1988 wurde das ASTTEL-Mitglied Victor Manuel Hernandez Vasquez erschossen. Am 1.3.1988 wurde das ASTTEL-Mitglied Herbert Guardado Delgado ermordet. Die Geschäftsleitung behauptete in mehreren ganzseitigen Zeitungsanzeigen, die drei seinen gar nicht Mitglieder von ASTTEL und ihre Ermordung habe nichts mit ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten zu tun. Die Aufnahmeanträge und Mitgliedsschaftbestätigungen liegen jedoch schriftlich vor. ASTTEL ist zudem im Besitz eines Befehls der GUARDIA NACIONAL, der von der POLICIA DE HAZIENDA angefordert worden war, in dem angeordnet wird, zwei Mitglieder der Gewerkschaft des MINISTERIO DE HAZIENDA strikt rund um Uhr zu überwachen. Wörtlich wird befohlen: ".....eine strikte Überwachung der besagten Personen und in einem geeigneten Moment gegen sie vorzugehen und unter Benutzung jedweder Art von Handhabung sie verschwinden zu lassen..."

Wenn ein solcher Befehl gegen Mitglieder anderer Gewerkschaften besteht, so ist sich ASTTEL sehr sicher, daß dieser auch gegen ihre Mitglieder existiert und daß damit die Verantwortlichkeit für das Verschwindenlassen durch schwer bewaffneten Zivilisten sehr klar bei den Polizeikräften liegt. Dieser vorliegende Befehlstext ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß die angeblich unbekanntes Todesschwadronen nichts anderes sind als die als Zivilisten getarnten Polizei- und Armeekräfte. Weiß man darüberhinaus noch, daß der Vorsitzende der Geschäftsleitung Vides Casanova der Bruder des Verteidigungsministers ist, werden die Zusammenhänge der Repression offensichtlich.

Widerstand gegen brutale Einschüchterungsstrategie

Gegen die Ermordung ihrer Mitglieder hat ASTTEL in mehreren Zeitungsanzeigen protestiert und mehrere Streikaktionen unternommen, so z.B. am 26.2.1988 für vier Stunden in der Telefonzentrale von San Miguelito, am 7.3.1988 für acht Stunden in den Zentralen von Roma und Hora Civiles und am 14.3.1988 erneut für vier Stunden in San Miguelito in San Salvador.

Jüngste Repression erfolgte gegen José Humberto Centeno am Nachmittag des 10.3.1988. An diesem Tag waren ca. 50 Arbeiter der Gewerkschaftsföderation CST im Arbeitsministerium erschienen, um mit dem Arbeitsminister die Forderungen verschiedener Gewerkschaften in bestehenden Arbeitskonflikten vorzutragen, so SICAFE, STITAS, SETA. Der Minister reagierte völlig panisch und sprach von Besetzung. Als seine eigene Leibwache ihm durch Einschlagen eines Fensters zur Flucht verhelfen wollte, traf sie ihm mit einem Stuhl im Gesicht. Der Arbeitsminister verkündete abends im Fernsehen, die Gewerkschafter hätten ihn tätlich angegriffen.

Nachdem die Gewerkschaftsvertreter unverrichteter Dinge das Ministeriumsgebäude wieder verlassen wollten, fanden sie sich von der Polizei eingeschlossen. Der Intervention des Bischofs von San Salvador, Rosa Chavez, ist es zu verdanken, daß die Polizei sie schließlich passieren ließ und sie gemeinsam mit dem Bischof zur Kathedrale fahren konnten. Vorerst wurde keine direkte Repression gegen sie ergriffen.



Während die Gewerkschaftsvertreter in dem Gebäude waren, hatten sich davor Kirchenvertreter, Journalisten und weitere Gewerkschaftsmitglieder versammelt, unter ihnen Humberto Centeno als UNTS-Vertreter. Als er versuchte, mit den bewaffneten Kräften zu reden, um den Abzug der CST-Mitglieder zu erreichen, schrie plötzlich einer der Bewaffneten "...das ist der alte Centeno". Sofort stürzten sich die Soldaten der Luftwaffe auf ihn, zerrten ihn in ein Fahrzeug und schlugen ihn derart zusammen, daß er das Bewußtsein verlor. Dann wurde er abtransportiert. Aus der späteren Rekonstruktion der Ereignisse er-

giebt sich, daß die Luftwaffen-Soldaten ihn bei der POLICIA DE HAZIENDA abliefern, und diese ihn an verschiedene Polizeistützpunkte übergeben wollte, jedoch dann unter Bewachung in ein Krankenhaus brachte. Samstagnachmittag, den 12.3., zogen die Wachen ab, so daß Humberto Centeno dann "frei" war. Er trug Verletzungen am Kopf, an den Schultern, in der Bauchgegend und an den Beinen davon, wobei die Kopfverletzung die schwerste war.

Die Tatsache, daß Humberto Centeno in Anwesenheit der Kirchenvertreter und in- und ausländischer Presse in aller Öffentlichkeit derart schwer mißhandelt werden konnte, zeigt, mit welcher Brutalität die Armee vorgeht. Der Öffentlichkeit, dem sofort einsetzenden - auch internationalen - Protest und dem Wunsch, größere Zwischenfälle in der Öffentlichkeit vor den Wahlen am 20. 3. 1988 zu vermeiden, ist zu verdanken, daß Humberto Centeno noch lebt und freigelassen wurde.

ASTTEL appelliert dringend an die internationale Öffentlichkeit, gegen die Gefangennahme und Mißhandlung von Humberto Centeno zu protestieren, die Morde an den Gewerkschaftsmitgliedern zu verurteilen und den sofortigen Stop der Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der Gewerkschaftsbewegung zu verlangen. ASTTEL fordert dazu auf, sie bei der Durchsetzung der ihr verweigerten Rechte auf der Grundlage der Vereinbarungen mit ANTEL vom September 1986 zu unterstützen.

Briefe an: Presidente José Napoleón Duarte
Casa Presidencial, San Salvador, El Salvador, C.A.
Verteidigungsminister Vides Casanova, Centro de Gobierno, San Salvador, El Salvador, C.A.
Dr. Mauricio Daniel Vides Casanova, Edificio Administrativo,
Centro de Gobierno, San Salvador, El Salvador, C.A.



Fotos: Lisa Luger

Basisinformationen über ANTEL

Die nationale Telekommunikationsverwaltung ANTEL, (Telefonverwaltung), hat ca. 6 000 Beschäftigte. Der durchschnittliche Verdienst liegt bei 565 Colones, das entspricht ca. 180.- DM monatlich. Es gibt Arbeiter, die nur ca. 300 oder 400 Colones verdienen (ca. 100.-DM bis 120.-DM). Dieser Verdienst berechnet sich ohne Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Es gibt pro Jahr 15 Kalendertage Urlaub. Der Urlaub ist unbezahlt, so daß sich kaum jemand Urlaub leisten kann. Im Krankheitsfall werden Arztkosten, Medikamente und Krankenhauskosten auch für die Kinder bis zu einem Alter von 17 Jahren bezahlt. Der Ehefrau steht eine medizinische kostenlose Versorgung nur bei Schwangerschaft und Entbindung zu. Die medizinische Versorgung findet einzig im Militärhospital statt. Nur dort können sich die Betriebsangehörigen ambulant oder stationär behandeln lassen, dorthin werden auch die Medikamente geliefert. Wer sich dort nicht behandeln lassen will oder kann - immerhin sind im Dezember, Januar und März Gewerkschafter erschossen worden, so daß bekannte Gewerkschafter sich lieber dort nicht behandeln lassen wollen - der muß den Arzt aus eigener Tasche bezahlen.

Das Krankengeld beträgt 75 % des Lohnes. Einen Rentenanspruch hat nur, wer 60 Jahre alt ist und 40 Jahre bei ANTEL gearbeitet hat. Wer vorher die Arbeit verliert oder invalide wird, hat überhaupt keinen Rentenanspruch. Ausnahmen gibt es für diejenigen, die das Glück hatten, in die Rentenversicherung der Staatsangestellten INPEP zu kommen. Zu dieser Versicherung sind die Unternehmen nicht verpflichtet, daher sind diese Versicherungen bestenfalls Belohnungen für Wohlverhalten.

Der Unternehmer kann Betriebsbußen verhängen. Dies geschieht durch Lohnentzug von acht bis 15 Tagen, dann ein Monat, dann erfolgt die Kündigung. Wie einfach das ist, zeigt ein Beispiel: Betriebsbußen werden schon dann verhängt, wenn man bei der Übergabe einer Einladung zur Gewerkschaftsversammlung erwisch wird.

Die Betriebsgewerkschaft ASTTEL hat ca. 4.800 Mitglieder und ist Mitglied im Gewerkschaftsdachverband UNTS. Alle bestehenden Vergünstigungen im Krankheits- und Altersfall sowie die Lohnhöhe sind Ergebnisse von Streiks und Kämpfen dieser Betriebsgewerkschaft; der letzte kleine Erfolg ist die Versorgung mit Brillen alle 2 Jahre seit Januar 1988, aber auch diese geringfügige Versorgung mußte erkämpft werden.

Wahlen in El Salvador

Am 20. März wurden in El Salvador ein neues nationales Parlament und neue Kommunalvertretungen gewählt. Die regierende Christdemokratische Partei von Präsident Napoleón Duarte erlitt eine schwere Niederlage. Gewinner der diesjährigen Wahl wurde die Partei ARENA, die eng mit den Todesschwadronen verbunden ist. Neben ARENA, den Christdemokraten und der inzwischen unbedeutend gewordenen Partei PCN, die sieben Parlamentssitze erhielt, beteiligten sich weitere fünf mehr oder weniger rechte Parteien, die aber in Zukunft keinen Abgeordneten stellen werden. Eine Alternative bot sich dem Volk in der vielbesprochenen "neuen Demokratie" bei dieser Wahl nicht.

Der Wahlkampf polarisierte sich auf die Auseinandersetzung zwischen den Christdemokraten und ARENA. ARENA deckte viele Korruptionsfälle der Christdemokraten auf, in die sogar der Sohn des Präsidenten, Alejandro Duarte, verwickelt war. Napoleon Duarte hatte seinen Sohn gegen erheblichen innerparteilichen Widerstand als Bürgermeisterkandidaten in der Hauptstadt durchgeboxt. Dies hatte den ohnehin bestehenden Eindruck der Vetternwirtschaft noch verstärkt. Als dann die Korruptionsfälle hinzukamen, hatten die Christdemokraten bei ihren eigenen Anhängern viel Terrain verloren. Dies wirkte sich z.B. so aus, daß sie nicht einmal ausreichend Wahlbeobachter ihrer Partei für jede Wahlurne mobilisieren konnten.

Die ARENA wählte als Wahlkampfsymbol den Besen, mit dem sie den "Saustall" der Christdemokraten ausfegen wollten. Die Christdemokraten ihrerseits beschuldigten ARENA wegen ihrer engen Verbindungen zu den Todesschwadronen. Als ein weiterer Zeuge auftauchte, der den Major D'Aubuisson beschuldigte, an der Ermordung von Erzbischof Romero beteiligt gewesen zu sein, holte ARENA zum Gegenschlag aus: Aus dem Buch des oppositionellen Zeitungverlegers Pinto, der seit 1980 im Exil lebt, zitierten sie Aussagen, die die damalige Polizeiführung mit dem Mord Romeros in Verbindung brachte. Pech für die Christdemokraten, daß der Oberst Nuila, der damalige Polizeichef, sich auf ihre Seite geschlagen hatte und Mitglied der Regierung Duarte ist. Die Sache verlief letztlich im Sande.

Der Wahlkampf war ungeheuer kostspielig, Millionen wurden vergeudet, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen füllten einen großen Teil ihrer Spalten und Sendezeiten mit

Wahlreklame. Alle Parteien unterlegten populäre Songs mit neuen Texten, die dann von vielen Leuten mitgesummt wurden.

Eine Alternative stellte sich für die Mehrheit der Wähler nicht. ARENA war die Partei der Todesschwadronen, doch auch unter der Herrschaft der Christdemokraten waren die Todesschwadronen aktiv, vor allem in den letzten Monaten vor den Wahlen. Wirtschaftlich war die Situation für die Mehrheit der Bevölkerung in den letzten Jahren zunehmend schlimmer geworden.

Der Wahlablauf

Die Parteien der Opposition hatten keine Chance, teilzunehmen, die Oppositionsführer der FDR, Guillermo Ungo und Rubén Zamora, kehrten zwar ins Land zurück, mußten aber feststellen, daß die Sicherheit ihrer Anhänger in einem Wahlkampf nicht gegeben war. Ungo sah sich gezwungen, das Land wieder zu verlassen.

Der Wahltag schien zunächst ein großer Erfolg des Regimes zu werden. Viele internationale Beobachter waren angereist, vor allem aus den USA und von den christdemokratischen Schwesterparteien aus anderen Ländern. Sie wurden den ganzen Morgen des 20. März vor die überfüllten Wahllokale geführt (in der Hauptstadt gab es nur ganze fünf Wahllokale für eine Bevölkerung von einer Million), und alle äußerten sich lobend über die Demokratie, die Bereitschaft der Bevölkerung, ihrer "bürgerlichen Pflicht" nachzukommen und zu wählen, und dies trotz "der Versuche der Terroristen, die Wahl zu verhindern und die Bevölkerung zu terrorisieren und von der Wahl abzuhalten", so ein bundesdeutscher Politiker am Abend der Wahl.

Die FMLN hatte nicht zu einem Wahlboykott aufgerufen, sondern zwei Tage vorher einen unbefristeten Streik ausgerufen, der in El Salvador immer zunächst ein Streik der öffentlichen Transportmittel ist und damit das ganze Leben betrifft. Wer das nötige Kleingeld hatte, tätigte Hamsterkäufe, um nicht durch einen zu langen Streik ohne Vorräte dazustehen. Die Guerilla unterbrach recht effektiv die Stromversorgung, so daß in den meisten Stadtvierteln der Hauptstadt mit dem Strom auch das Wasser ausfiel.

Diese internationalen Beobachter waren natürlich zu spät aufgestanden, um zu merken, daß die Wahllokale nicht - wie vorgeschrieben - um 7.00 Uhr öffneten, sondern häufig erst zwischen 9.00 und 10.00 Uhr, und später. Das ist nicht unbedeutend, zumal in El Salvador früh gewählt wird. Am Nachmittag war es denn auch vorbei mit den langen Schlangen. Als um 5.00 Uhr die Wahllokale schlossen, war zum Beispiel die nicht unbedeutende Frage unbeantwortet geblieben, ob die Soldaten jetzt wählen durften oder nicht. Die Soldaten sagten, der Generalstab habe ihnen am Morgen gesagt, daß sie wählen dürften, die Wahlbeobachter der politischen Parteien Salvadors, die an jeder Wahlurne standen, waren der Ansicht, daß die Soldaten nicht wahlberechtigt seien; und der Wahlrat in diesem Wahlbezirk schließlich sagte, diese Frage sei noch nicht geklärt. Immerhin waren die Wahllokale schon fünf Minuten geschlossen, als diese Aussage bekannt wurde; angesichts von über 60.000 Soldaten ist dies kein Randproblem.



Egal, ob Christdemokraten, ARENA, PCN oder eine andere rechte Partei die Regierung stellen, die Macht der Armee bleibt immer unangetastet.

Foto: Lisa Luger

Sehr bald wurde deutlich, daß ARENA weit stärker gewonnen hatte, als alle Beobachter und Prognosen vorher angenommen hatten: 30 Sitze statt bislang 13; Christdemokraten 23 und PCN 7.

Das Wahlergebnis

Die für die Christdemokraten verheerende Niederlage war Gegenstand ausführlicher Wahlanalysen aller Sektoren. Herausstechend war das Ergebnis interner Beratungen der christdemokratischen Schwesterparteien. Nachdem sie die Salvadorianer ausgesperrt hatten, ließen sie verlauten, daß ihre salvadorianische Schwesterpartei die Wahl nicht etwa aufgrund eines so guten Alternativprojektes der ARENA verloren hätten, sondern aufgrund der massiven Korruption und Vetternwirtschaft in ihren eigenen Reihen. Duarte habe lange einen guten Ruf in der Internationale der Christdemokratie genossen, der aber jetzt gründlich zerstört sei. Sie empfahlen, daß der fortschrittlichere Flügel um Chaves Mena die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr anführen solle. Auf der reinen Erscheinungsebene waren die harten Worte an die Schwesterpartei sicher zutreffend, die Analyse stieß jedoch nicht zum Zentrum der Niederlage der Christdemokraten vor: Diese Wahl ist im Ergebnis eine herbe Niederlage für das Projekt der US-Administration, die seit Jahren ihr Programm der Aufstandsbekämpfung nach der Methode des "Krieges mit niedriger Intensität" durchzieht. Wenn Wahlen in Salvador verloren werden, sind es immer die USA, die diese Wahlen verlieren, denn die Politik Salvadors wird mehr in der zur Festung umgebauten US-Botschaft in San Salvador bestimmt als von der jeweiligen Regierung des Landes. Salvadorianische Beobachter gehen denn auch davon aus, daß der ARENA-Partei bei den nächsten Wahlen das gleiche passiert. Denn die Wirtschaft des Landes kann sich bei diesem Bürgerkrieg nicht erholen, die wirtschaftlichen Bedingungen für die Arbeiter und Campesinos verschärfen sich zunehmend, nur mit größter Repression kann sich die jeweilige Regierung an der Macht halten.

Das offizielle Wahlergebnis konnte erst nach einem heftigen Tauziehen vorgelegt werden. Der Unternehmerverband drohte nach den Wahlen offen, daß er den Nationalstreik ausrufen würde, wenn ARENA nicht die absolute Mehrheit erhielte. ARENA selbst rief die Streitkräfte offen zur Intervention beim Wahlrat auf, weil Wahlbetrug begangen worden sei. Die Streitkräfte sollten den Wahlsieg der ARENA sichern, so wie sie auf Geheiß des US-Geheimdienstes CIA bei den letzten Wahlen den Wahlsieg der Christdemokraten durchgesetzt hatten.

Mit den gegenseitigen Beschuldigungen des Wahlbetruges blieb von dem schönen "demokratischen" Bild des Wahlta-

ges nicht mehr viel übrig. In vielen Fällen fanden sich in den Wahlregistern bereits Fingerabdrücke neben den Namen von Leuten, die zum Wählen kamen. Zudem lag die Wahlbeteiligung erheblich unter den offiziellen Zahlen: Von 5 Mio. Salvadorianern sind immerhin 1.950.000 Personen in den Registern als wahlfähige Personen erfaßt, von denen aber nur 1.650.000 einen Wahlausweis erhalten haben. Am Wahltag wurden bloß ca. 1 Mio. Stimmzettel abgegeben. Dies entspricht nach den Zahlen der Jesuitenuniversität UCA ca. 40 % der wahlfähigen Bevölkerung. Nach den eigenen Angaben von ARENA stimmten nur 19 % der wahlfähigen Bevölkerung für sie. Von einem "Wahlsieg" kann man da kaum sprechen, denn das Potential der Ultrarechten lag durchaus immer zwischen 15 % und 20 %. Eine demokratische Legitimität läßt sich daraus keineswegs ableiten.

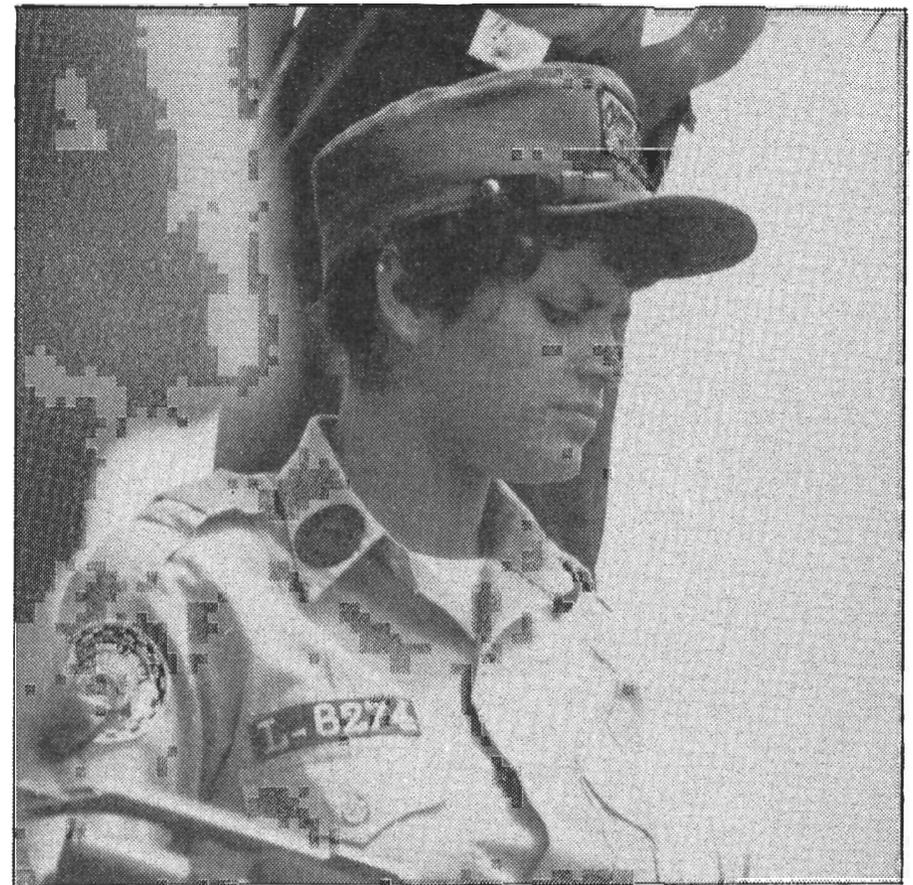


Foto: Lisa Luger

KULTUR/CHILE

»Das Theater – eine mit Zukunft geladene Waffe«

Ende März 1988 gastierte der chilenische Theaterautor Juan Radrigán mit seiner Volkstheatergruppe "El Telón" (Der Vorhang) in Berlin im Rahmen eines sechswöchigen Deutschlandtournees.

Radrigán und seine Gruppe gehören zu den über 100 Theaterleuten, die im November 1987 Drohbriefe des "Kommando 135, Abt. Kultur" erhielten, in denen sie vor die "Wahl" gestellt wurden, Chile unverzüglich zu verlassen oder ermordet zu werden. Keiner von ihnen verließ das Land; Stattdessen begannen sie, die Morddrohungen national und international bekannt zu machen.

So standen dann auch die beiden Veranstaltungen in Berlin – Lesung und Diskussion von und mit Juan Radrigán und die Aufführung des Theaterstückes "La hacienda humana" (Der menschliche Kampf) – nicht nur unter dem Zeichen des "Kulturaustausches", sondern hatten zur gleichen Zeit den bitteren Beigeschmack, daß derartige Veranstaltungen dringende Notwendigkeit zum Schutz dieser Leute sind.

"Ich schreibe manchmal über das Glück, fast immer über die Traurigkeit und nie über das Vergessen. Nicht Schriftsteller sei er, sondern "Wortezusammenleger"; Er lege die Worte zusammen, "die den Leuten aus den Augen fallen".

Die Texte Juan Radrigáns sind eine Mischung aus realistischen Bildern, Bilder aus dem Alltag der Elendsviertel, und einfachen Metaphern aus der Natur. Er ist äußerst sparsam in der Wahl seiner Worte; Bewußt bedient er sich einer kargen Sprache und einfacher Metaphern, die "das Volk" versteht, die seinem Ansprechpartner vertraut sind.

Radrigán war Textilarbeiter und Gewerkschaftsführer, bis er nach dem Putsch 1973 entlassen wurde. 1979 schrieb er sein erstes Theaterstück "Testimonio de las muertes de Sabina" (Zeugnis der Tode Sabinas). Es folgten 15 weitere Stücke. Heute gilt Radrigán als einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des chilenischen Theaters.

1980 gründeten er und sechs Schauspieler das Volkstheater "El Telón", das vorwiegend in den Elendsvierteln von Santiago auftritt.

Ausschlaggebend für seinen Entschluß Theaterstücke zu schreiben, waren zwei Beobachtungen: Zum einen die immer geringer werdenden Kommunikationsmöglichkeiten unter der Diktatur, und zum anderen die indirekten Einflüsse, die die Diktatur auf das Verhalten der Menschen hat. "Durch die ökonomische Misere z.B. verändert sich auch das soziale Verhalten in erschreckender Weise", so Radrigán, "Jeder achtet unwillkürlich nur noch auf seinen eigenen Vorteil; Der Konkurrenzkampf verschärft sich, Solidarität wird immer mehr zum Fremdwort." Radrigán sieht im Theater die schnellste und direkteste Möglichkeit, Kommunikation herzustellen, das Gespräch mit den Leuten zu beginnen. Eine entscheidende Rolle spielt sicherlich auch, daß das Theater in Chile – im Gegensatz zu anderen Bereichen der Kultur – lange Zeit relativ frei von Zensur und Repressionen war.

Die Protagonisten seiner Stücke sind fast immer die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten; Thema ist die durch das repressive Militärsystem hervorgerufene geistige und moralische Verelendung des Menschen. Im Mittelpunkt der Handlung stehen Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Eine Kostprobe dieser Form von chilenischem Volkstheater erhielt das Berliner Publikum am 30.3.88. "El Telón" führte Radrigáns Stück "La hacienda humana" auf. Die beiden Schauspieler Hugo Medina und José Herrera stellten mit künstlerischer Vollendung das Leben eines chilenischen Schriftstellers dar. Ein Schriftsteller, der seine Familie und seine Ideale durch die Diktatur verlor, dem die Courage fehlte, sich für sie einzusetzen, für sie zu kämpfen. Völlig abgeschlossen von der Außenwelt baut er sich eine Puppe, mit der er spielt, Diskussionen führt etc. . Doch die Puppe verselbstständigt sich; Sie wird lebendig und zwingt den Schriftsteller, sich mit seinen Gewissensbissen, seiner Schuld und der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Am Ende tötet er diese Puppe ...

Radrigán wehrt sich vehement dagegen, ein "rosa-rotes" Bild der Wirklichkeit entstehen zu lassen; Er möchte die Realität so wiedergeben, wie sie sich ihm tagtäglich zeigt. Der Zuschauer soll sich gerade mit dieser real existierenden Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit auseinandersetzen. Radrigán stellt nicht nur das Leid, sondern auch die Ursachen dieses Leids dar, die er teilweise auch im Verhalten der Leute selbst sieht. Er fordert seine

Zuschauer zur Auseinandersetzung mit ihrer Wirklichkeit heraus, indem er sie sich in seinen Stücken selbst wiederfinden, sie sich "kennenlernen" und ihr eigenes Verhalten analysieren läßt. Auf diese Weise möchte er einen Beitrag leisten zur "Wiedererlangung der menschlichen Würde". "Die Reaktion des Publikums ist enorm; Sie reicht von Betroffenheit bis hin zu einer starken Identifikation mit den im Stück dargestellten Personen."

1986 schloß sich "El Telón" mit zwei anderen Volkstheatergruppen - "La Musarana" und "Pralé" - zusammen zum "Circuito Teatral Periférico", der zum einen ein verstärktes Angebot von Aufführungen in den Elendsvierteln durchführt, und zum anderen eine "Volkstheaterschule" einrichtete. Über jeweils acht Monate hinweg wird hier kostenlos Schauspielunterricht angeboten. U.a. werden Theatergeschichte und Dramaturgie gelehrt, Übungen zur Körperbeherrschung und Aussprache durchgeführt. Es geht nicht nur darum, auf diese Weise eine Volkstradition aufrechtzuerhalten, sondern vor allem um die Suche nach neuen Kommunikationsformen, die einen Beitrag zum Widerstand leisten können, um die Suche nach einem Weg, der aus der Isolation, aus dem Schweigen herausführt.



Spenden für das Theaterprojekt können überwiesen werden auf:
Sonderkonto E. Kohut, Stichwort Theater
Postgirokonto 38 00 87 - 108
Postgiroamt Berlin W. (BLZ 100 100 10)

Ab Mitte Mai 1988 wird Radrigán "La contienda humana" in Dortmund mit zwei deutschen Schauspielern inszenieren. Die Premiere findet voraussichtlich Anfang Juli statt.

Juan Radrigán

KULTUR/ARGENTINIEN

»Rock Nacional« – Ein Chamamé für Bob Dylan!

Von Ende April bis Anfang Juni gibt der argentinische Musiker León Gieco Konzerte in verschiedenen Städten der DDR, der BRD, der Schweiz und Österreich. León Gieco und seine Gruppe sind Vertreter des argentinischen "Rock Nacional". Dieser läßt sich viel leichter als "Nacional" denn als "Rock" bezeichnen. Nacional, d.h. typisch argentinisch, ist die Mischung der unterschiedlichsten Musikformen und auch seine Prägung durch die politischen Verhältnisse in Argentinien. Für deren Auswirkungen auf das Leben der Jugendlichen in den Großstädten stellt der Rock Nacional fast eine Chronik dar. Während der vergangenen Militärdiktatur (1976-83) entwickelte er sich zu einer Massenbewegung von Jugendlichen der Großstädte, die gegen die Diktatur protestierten. Diese politische Funktion hat die Rockmusik heute weitgehend verloren, was ihre musikalische Qualität aber eher gefördert hat.

In den 60er Jahren, zur Zeit von Woodstock, den Beatles und der Blütezeit der lateinamerikanischen Guerilla, begannen argentinische Musiker Rockmusik mit Texten in ihrer eigenen Sprache zu spielen. Genau wie auf internationaler Ebene kritisierten die Rockmusiker das "establishment", die Lebensauffassung der "Erwachsenen", ihren Realismus und Pragmatismus, ihre Heuchelei. Sie kritisierten ein gesellschaftliches System, das als "falsch", gewalttätig, materialistisch, entfremdet und oberflächlich empfunden wurde. Entgegengesetzt wurde dem Freiheit, Idealismus, Friede, Liebe, Naturverbundenheit und Integrität. In Argentinien gab es aber auch einen viel direkteren Feind: die Militärs. Seit seinem Aufkommen in Argentinien, um 1965, existierte der Rock Nacional 15 Jahre unter Militärdiktaturen, deren Repression gerade Jugendliche traf. Musikalisch wandten sich die Rockmusiker gegen kommerzielle, importierte Popmusik.

Rock gegen Politik

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde Rockmusik als Protestform gegen die herrschenden Verhältnisse durch das konkrete politische Engagement von Jugendlichen vor allem im linksradikalen Peronismus zu-

rückgedrängt. Diesen Jugendlichen erschien der Rock Nacional individualistisch, ohne soziale Inhalte und besetzt mit schwammigen Werten.

Mit dem Militärputsch 1976 wurde Angst zu einem bestimmenden Faktor des argentinischen Lebens und besonders der Jugendlichen (67 Prozent der "Verschwundenen" waren zwischen 18 und 30 Jahre alt). Während die Studentenbewegung und die politischen Jugendorganisationen unterdrückt wurden und somit als Zusammenhalt für Jugendliche wegfielen, wuchs die Bewegung des Rock Nacional heran. Konzerte waren die einzigen Veranstaltungen, an denen man noch gemeinsam teilnehmen konnte. Der Kontakt zwischen Musikern und Publikum wurde zu einem prägenden Element des Rock Nacional, dessen Verbreitung über die Medien zensiert und boykottiert wurde. 1977, als die Militärs den "Krieg gegen die Subversion" schon für gewonnen erklärten, bezeichnete Admiral Massera, Mitglied der Junta, die Rockmusik als eine Fortsetzung der Subversion. Damit begann die Repression gegen die Rockkultur. Zuerst wurden die Konzerte durch Polizeieinsätze, Gasbomben usw. gestört, bis dann den Besitzern von Stadien und Konzertsälen "empfohlen" wurde, sie nicht mehr für Rockkonzerte zu vermieten. Als Folge hiervon schien der Rock Nacional abzusterben. Die alles verdrängende Fußball euphorie der Weltmeisterschaft '78 eroberte das Feld, und das **John Travolta-Saturday Night Fever** brach aus. Fußballfelder und Discotheken lösten Konzerte ab, Spanisch wurde durch Englisch ersetzt.

*La cultura es la sonrisa
con fuerzas milenarias.
Ella espera malherida prohibida o sepultada
a que venga el señor Tiempo
y le ilumine otra vez el alma.*

*Die Kultur ist das Lächeln
mit tausendjährigen Kräften.
Sie wartet schwerverwundet,
verboten oder vergraben
auf den Herrn "Zeit",
der ihre Seele wieder erleuchtet.*

(*"La Cultura es la Sonrisa"*, León Gieco)

Rock gegen Militärs

Ab 1980 tauchten die Gruppen aus der Anfangszeit des argentinischen Rock wieder auf. Erstaunlicherweise kamen zehntausende von Zuhörern zu ihren Konzerten, die die Texte der Stücke auswendig mitsangen, die aber viel zu jung waren, als daß sie die Gruppen in ihrer frühen Zeit erlebt haben konnten. Die unzähligen Musikzeitschriften, die in massiver Auflagenzahl an Kiosken und im Untergrund zu haben waren, hatten den Rock Nacional auch unter der Diktatur nicht in Vergessenheit geraten lassen. Lebendig gehalten wurde er durch die zahlreichen Gruppen von Jugendlichen, die sich privat trafeten, um Musik zu hören.

Die Rockkonzerte begannen sich zu Protestveranstaltungen gegen die Diktatur zu entwickeln; Sprechchöre wie "el que no salta es militar!" (wer nicht hüpfet, ist Militär) und "no se banca más!" (es ist unerträglich), begannen laut zu werden. Zu diesem Zeitpunkt war die Musik, ihr Stil, ihre Qualität nicht wichtig. Wichtig war das Konzert als öffentliches Ereignis. Rock Nacional war mehr die Einheit der Jugendlichen, die er in Massen versammelte, als eine musikalische Stilrichtung. Die Antwort der Militärs war zunächst wieder offene Repression. Aber als Resultat des Kurses von Juntachef Viola, sich "verhandlungsbereit" zu zeigen, um den sich auflösenden zivilen Konsens wiederherzustellen, entstand eine kuriose Situation: Die Militärs buhlten um die Gunst der Jugendlichen. Sie ließen eine Musikzeitschrift veröffentlichen, die kostenlos in Schulen verteilt wurde; außerdem sollte ein "musikalischer Zug" eingerichtet werden, der die bekanntesten Rockmusiker durch Argentinien fahren sollte. Aber im Gegensatz zu den politischen Parteien stellte die Rockbewegung ihre Kritik an der Diktatur nicht ein, um mit ihr zu verhandeln, sondern war weiterhin ein Sprachrohr der Protestbewegung.

Rock gegen den Krieg

Mit der Verdrängung Violas durch General Galtieri kehrten die "harten" Militärs an die Spitze der Regierungsjunta zurück. Unter Galtieri wurde auch der Malvinaskrieg begonnen, um von den politischen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken und einen nationalen Konsens wiederherzustellen. Auf eine "Ein-

ladung" der Militärs, ein Rockkonzert anlässlich des Krieges zu veranstalten, wurde als Gegenveranstaltung das "Festival Lateinamerikanischer Solidarität" organisiert, das gleichzeitig ein Friedenskonzert und eine Solidaritätsveranstaltung für die jungen Männer auf der Malvinas werden sollte. Mehr als 60.000 Jugendliche füllten das Stadion. Sie brachten Pullover, Taschentücher, Zigaretten, Mäntel usw. für ihr Brüder und Freunde auf den Malvinas. Und als León Gieco auftrat, wurde dieses Konzert inmitten des Krieges zu einem Friedenskonzert. "Als León anfängt, auf seiner Mundharmonika zu spielen, entsteht eine ganz besondere Stille im Stadion, eine geduckte Stille; eine begierige. Und als wirklich das erwartete Stück beginnt, singen 60.000 Stimmen mit..."Solo le pido a Dios...".

*Solo le pido a Dios
que la guerra no me sea indiferente
es un monstruo grande y pisa fuerte
toda la pobre inocencia de la gente*

*Solo le pido a Dios
que el dolor no me sea indiferente
que la reseca muerte no me encuentre
vacío y solo sin haber hecho lo suficiente*

*Um eines nur bitte ich Gott,
daß der Krieg mich nicht gleichgültig lassen möge,
er ist ein ungeheures Monstrum und tritt
der Menschen arme Unschuld mit Füßen.*

*Um eines nur bitte ich Gott,
daß der Schmerz mich nicht gleichgültig lassen möge,
daß der verdorrte Tod mir nicht leer und
allein begegnen möge,
wenn ich nicht genug getan habe.*

(Dieses Lied von León Gieco hatte schon Mercedes Sosa aufgenommen und nach ihrer Rückkehr aus dem Exil 1982 bei ihrem ersten Konzert in Argentinien gesungen).



Der Rock Nacional hatte bislang nur über Konzerte und auf privater Ebene Verbreitung gefunden. Mit dem Malvinaskrieg begann seine massive Verbreitung durch die Medien. Die Militärs verboten während des Krieges mit den Briten jegliche Musik mit englischen Texten und so blieb den Radios kaum eine andere Wahl, als argentinische Musik zu spielen. Davon profitierten die Tangos, von denen auch einige verboten waren, die Folklore, aber auch der Rock Nacional.

Die Rockkonzerte wurden immer ausdrücklicher zu Oppositionsveranstaltungen. "Se va a acabar, se va a acabar, se va a acabar, la dictadura militar!", wird zum meistgesungenen Thema bei Konzerten (sie wird enden, 3x, die Militärdiktatur).

Gegen Ende der Diktatur löste sich vom Rock Nacional eine Heavy Metal Bewegung ab. Die Heavy Metal Gruppen wie V8, Riff, Pappo appellierten an Gewalt. Bei einigen Konzerten forderten die Musiker ihre Zuhörer auf, die ganze Einrichtung kurz und klein zu schlagen, was sie auch taten, sowie "das System" zu zerstören, (was sie nicht taten). Die Zuhörer von Heavy Metal kamen aus den armen Vororten von Buenos Aires und wurden deshalb verächtlich "los suburbios" genannt.

Im Gegensatz zum Heavy Metal hatte der Rock Nacional stärker Liedcharakter, seine Anklagen gegen das System wurden über die Texte ausgedrückt, nicht über unmittelbare Gewalttätigkeiten. Ihre Anhänger waren hauptsächlich Jugendliche der unteren Mittelschicht. (Musikalische Vertreter sind: León Gieco, Charly García, Luis Alberto Spinetta, Fito Paez, Raúl Porchetto, Litto Nebbia u.a.).

*Déjate atravesar por la realidad
y que ella grite en tu cabeza
porque es muy malo dejar pasar
por un costado a la historia ésta.*

*Laß die Realität in dich dringen,
und laß sie in deinem Kopf schreien,
weil es sehr schlecht wäre, diese Geschichte
an dir vorübergehen zu lassen.*

("La Historia Esta", León Gieco)

Am Ende der Diktatur wurde auch der traditionelle antipolitische Charakter der Bewegung deutlich. Die Jugendlichen lehnten Politik als "schmutzig" und unmoralisch ab. Bei Charly Garcías Konzerten vor den Wahlen '83 forderten sie "Charly Presidente!". Die "Mütter der Plaza de Mayo" waren die einzigen, die ihre Anerkennung besaßen. Als Bewegung, die das Leben und moralische Werte verteidigte, war ihnen und der Rockbewegung einiges gemeinsam. Einige Stücke wurden den "Müttern" gewidmet ("Maribel" von Spinetta, "Nada es como fue" von Sueter u.a.). León Gieco beteiligte sich aktiv an Menschenrechtsveranstaltungen.

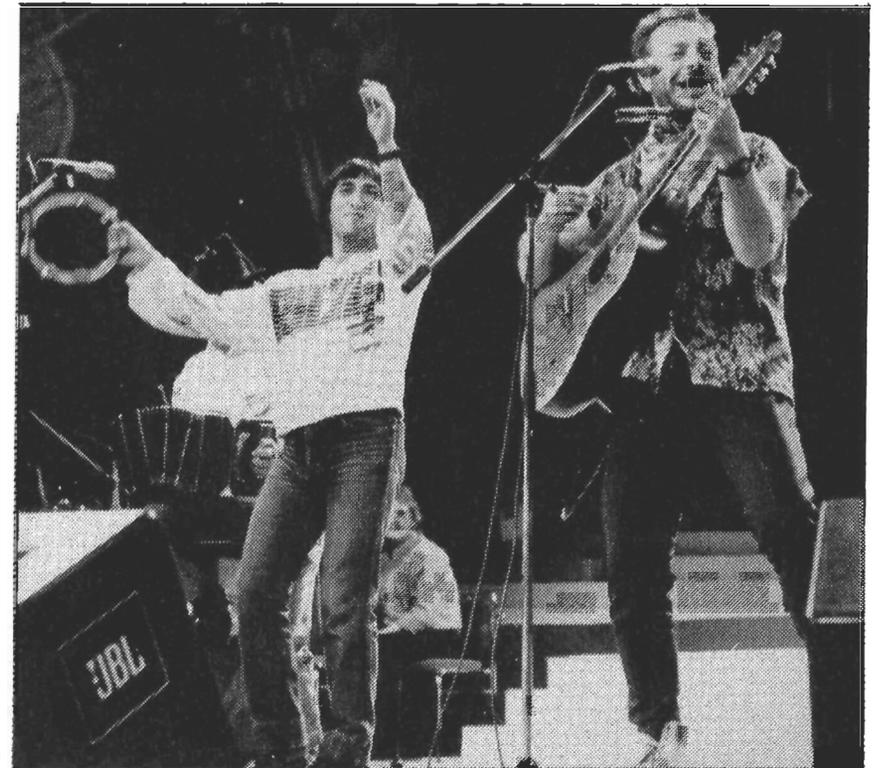
Schon 1983 kündigte León Gieco die Entwicklung des Rock Nacional nach dem Ende der Diktatur folgendermaßen an: "Ich glaube, daß der Rock seine höchste Popularität innerhalb des Landes erreicht hat. Von jetzt an werden die Leute außer dem Rock noch weitere Möglichkeiten zur Meinungsäußerung haben. Dann werden sie zu Rock- oder anderen Konzerten gehen, weil sie glauben, daß es eine wahre und echte Musik ist. Bis jetzt ging man vielleicht zu Konzerten, weil es ein Ort war um zusammenzusein. Der Rock wurde zu einer Bewegung gemacht, durch die die Leute Unterstützung bekamen". Tatsächlich ist die "Bewegung des Rock Nacional" seit '83 erheblich geschrumpft. Nach den Wahlen gab es zwei Pole unter den Musikern, für den einen steht León Gieco, der weiter moralisch und künstlerisch unabhängig sein will; für den anderen Gruppen wie "Los Abuelos de la Nada", deren Ziel es ist zu "unterhalten".

Rock für eine nationale Kultur

Nach der Diktatur entwickelten die Musiker ihre musikalischen Konzepte in die unterschiedlichsten Richtungen weiter. Die schon vorher vorhandenen Stilrichtungen (Protestsongs, Baladen/Lieder, Punk, Rock Jazz, Folklore bis hin zum Tango) wurden vermischt bzw. vertieft. Für den "folkloristischen Rock Nacional" ist León Gieco der bekannteste Vertreter.

Eines seiner Projekte nach der Diktatur war eine Reise durch Argentinien von Ushuaia, der südlichsten Stadt der Welt, an der Südküste von Feuerland, bis nach La Quiaca, einer Stadt im äußersten Nordwesten Argentinien, an der Grenze zu Bolivien. Er spielte an hunderten von Orten und oft zusammen mit

Musikern der jeweiligen Region. Er wollte seine Musik im "Landesinneren" bekannt machen und die von der Metropole Buenos Aires völlig vernachlässigte Musikkultur der Provinzen kennenlernen. Dabei entstand die Idee die Gruppen, die den jeweiligen Stil der Region repräsentieren, an Ort und Stelle aufzunehmen. 1986 erschienen zwei LP's mit dem Titel "De Ushuaia a La Quiaca". "Eine musikalische Landkarte Argentiniens zeichnet die Einflüsse der verschiedenen Einwandererwellen", sagte León Gieco. "Jede Provinz hat ihre eigene Folklore. In Córdoba z.B. gibt es die "cuartetos", mit ihrem Akkordeon als Grundlage und einen Rhythmus wie die Tarantella, das kommt von den italienischen Einwanderern. Aber gleich daneben liegt die Provinz Santiago del Estero, wo die "chacarera" gespielt wird, eine Mischung aus spanischer Musik mit Rhythmen indianischen Ursprungs. Don Sixto Palavecino, ein Meister der chacarera, hat Spanisch erst mit 20 Jahren gelernt, als er zum Militär mußte, vorher hat er ausschließlich Quechua geredet".



León Gieco begann Folklore zu spielen, nachdem seine Vorbilder lange Zeit US-Rockmusiker gewesen waren. "Ich merkte, daß ich diese Musik nie so gut spielen würde wie sie, genausowenig wie ein US-Amerikaner Tango spielen kann wie ein Argentinier. Ich wollte etwas machen, was mehr mit meiner Realität zu tun hätte". Trotzdem leugnet er den starken Einfluß nicht, den die US-amerikanische Rockmusik auf ihn gehabt hat und noch hat. "Man muß akzeptieren, daß Nachahmung ein Teil unserer argentinischen Persönlichkeit ist. Wir ahmen nicht nach, weil wir Dummköpfe sind, sondern weil es eine externe Macht gibt, die uns überschwemmt. Und es ist unmöglich, sich dem zu entziehen. Aber das hat eine negative und eine positive Seite: mir hat es gefallen, von der Musik von Bob Dylan überschwemmt zu werden. Aber mir ist auch klar, daß ich einen Chamamé (traditionelle argentinische Liedform) singen müßte, damit er Dylan gefiele".

Nach Konzerten am 25./26.4. in Ostberlin, wird León Gieco am Samstag, den 30. April um 21 Uhr in Westberlin in der Kirche am Hohenzollernplatz spielen. Er wird begleitet von seiner Gruppe, die in folgender Besetzung spielt: Lidio Reyes (bandoneón), Anibal Forcada (Charango, Baß, Gesang), Ruben Lobo (Percussion), Roberto Domingues (Violine, Mandoline, Baß). Weitere Konzerttermine: 1.5. Dortmund, 12.5. Stuttgart, 13.5. Bern, 16.5. Bremerhaven, 18.5. Hamburg, 22.5. Frankfurt, 26.5. Wien, 28.5. Tübingen, 2.6. Freiburg.

REZENSIONEN

Banken, Kredite und die »Dritte Welt«

Mit dem Titel "Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung" von Paul Sandner und Michael Sommer ist ein weiteres Buch zum politisch aktuellen Themenkomplex "Banken, Kredite und die Dritte Welt" erschienen. Diesem ersten Band soll ein zweiter mit Fallstudien zu Südkorea, Argentinien und Tansania folgen. Die Reihe richtet sich in besonderem Maße an Leser, die sich neu in das Thema einarbeiten wollen.

In einem historischen Abriss wird die Entwicklung von ersten Geldformen bis zum modernen Bankensystem dargestellt. Die Funktionsweise des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sind nicht Schwerpunkt der Betrachtungen. Darüber erhält man in anderen Arbeiten eher Information. (So z.B. in Gerster, Richard - Fallstricke der Verschuldung, Basel 1982) In den darauffolgenden Kapiteln wird vielmehr auf die Form der Kreditvergabe, die Rolle der Geschäftsbanken und die Konsequenzen der Verschuldungskrise für die Entwicklungsländer eingegangen. Besonders interessant sind sicher Informationen über die Rolle der Bundesrepublik und deutscher Banken im internationalen Geschäft. So ist z.B. weitgehend unbekannt, in welchem Maße die BRD über Ausfuhrbürgschaften ihre Exporte stützt. Diese indirekten Exportsubventionen sind immerhin dreimal so hoch wie die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Autoren erläutern ebenso, daß deutsche Banken im Vergleich zu amerikanischen besser dastehen, Dank einer schärferen Bankengesetzgebung in der BRD. Am Ende des Bandes finden sich schließlich noch Erläuterungen zu neuen Bedingungen der Kreditvergabe, wie z.B. Strukturanpassungsprogrammen. Wenn Basisinformationen fehlen oder Begriffe unklar geblieben sind, der findet in kleinen Exkursen und Datenmaterial am Rand des Textes eine Hilfe, ebenso wie im Glossar auf den letzten Seiten des Buches.

Ein Aspekt, der in der aktuellen Diskussion an Bedeutung gewinnt, ist die Frage nach der Verantwortung für die heutige Krise. Nach Meinung der Autoren haben die Gläubiger, besonders amerikanische Geschäftsbanken, ebenso die Verantwortung zu tragen, wie die Eliten in den Schuldnerländern. Daß die sozialen Konsequenzen allerdings die breiten Bevölkerungsmassen in den Entwicklungsländern erleiden, auch dazu bieten die Autoren anschauliches Material.

Paul Sandner, Michael Sommer - Banken, Kredite und die "Dritte Welt" , Band I: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung Schmetterling Verlag, Stuttgart 1988 - ISBN 3-926369-53-1.

Automobilindustrie in Mexiko

Rainer Dombois versucht in seiner Arbeit am Fallbeispiel "Automobilindustrie in Mexiko" zwei Fragen zu beantworten:

- welche Rolle spielen Arbeitskraft-Verfügbarkeit und Kosten der Arbeitskraft für die Produktion multinationaler Konzerne in peripheren Ländern?

- wie ist der Zusammenhang zwischen externem und internem Arbeitsmarkt, den industriellen Beziehungen und dem Arbeitsrecht in Mexiko?

Rainer Dombois geht allerdings nicht darauf ein, weshalb und wofür ihn diese Fragen interessieren, und bleibt mit diesem Zielzweck, und sinnfreiem Wissenschaftsverständnis in der Tradition des Wissenschaftszentrum Berlin, in dessen Automobilprojekt die Arbeit entstanden ist. Trotzdem sind seine Ergebnisse sehr interessant:

Zur ersten Fragestellung:

Rainer Dombois vergleicht bisherige systematische Erklärungsansätze zur Produktion von MNK (Multinationalen Konzernen) in der Peripherie. Diese ordnet er in zwei Gruppen: Auf der einen Seite Ansätze, die vor allem mit den niedrigen Lohnkosten in den unterentwickelten Ländern operieren, die auch Weltmarktproduktion rentabel machen. Für die Erklärung der niedrigen Reallöhne ist das unerschöpfliche in die Städte mobilisierte Proletariat zentral; der in einfache Einzeltätigkeiten zerlegte Arbeitsprozeß erfordert kaum FacharbeiterInnen.

Andererseits die Ansätze, die mit Produktion MNK für die Binnenmärkte argumentieren, die gegen Importe weitgehend abgeschottet seien. Das breite Arbeitskraftangebot könnten die Konzerne in den "modernen" Industriezweigen kaum nutzen, weil sie hohen Bedarf an (knapper) Facharbeitskraft haben.

Der Autor stellt fest, daß die Lohnkosten im Vergleich zu kapitalistischen Industrieländern zwar niedrig sind, die Produktionskosten aber höher wegen der Kosten von Zulieferteilen und den niedrigen Stückzahlen der Modelle. Weshalb produzieren die Konzerne trotzdem in Mexiko und sogar für den Export?

Wegen der Möglichkeit des Staates, den Zugang zum Binnenmarkt zu beschränken, der wegen der Verkaufspreise weit über Weltmarktniveau für die Konzerne sehr attraktiv ist, konnte er den Konzernen Produktionsauflagen machen. Diese gingen in die Richtung einer Produktion in Mexiko mit hohem und steigendem Wertschöpfungsanteil. In diesem Zusammenhang wurde eine im Vergleich zu kapitalistischen IL sehr unproduktive Zuliefererindustrie aufgebaut.

Als der mexikanische Staat in Zahlungsschwierigkeiten kam, koppelte er Produktionslizenzen für Konzerne an einen Handelsbilanzausgleich: Sie sollten mindestens soviel exportieren wie importieren. Der Spielraum eines bürgerlichen Staates für Auflagen ist aber begrenzt durch eine ausreichende Profitrate der Konzerne.

Für die ist nach Ansicht von Dombois gesorgt durch: die hohen Preise auf dem Binnenmarkt, Zoll- und Steuererlasse zur Exportförderung, Aufhebung der Vorschriften über nationalen Wertschöpfungsanteil für neu aufgebaute Exportproduktion und einen weiteren Faktor, den er nicht in seine Argumentation einbaut, obwohl sich der gesamte zweite Teil seiner Arbeit darum dreht: Die staatlich-gewerkschaftlichen Mechanismen zur Disziplinierung der ArbeiterInnen.

Interessant auch für die aktuellen Diskussionen in der IWF/Weltbank-Kampagne ist die sehr differenzierte Darstellung des Verhältnisses Staat-Konzerne im Fall eines grundsätzlich kapitalfreundlichen Staates, der den Zugang zu einem attraktiven Binnenmarkt kontrolliert, und die Bedeutung der konkreten Produktions- und Kostenstrukturen einer Branche. Nicht diskutiert und gerade bezüglich der Kampagne wichtig ist allerdings die Frage, inwieweit die Auflagenpolitik von IWF und Weltbank solchen Strategien nationalkapitalistischer Entwicklung entgegenwirkt: über erforderliche Zugeständnisse zur Exportförderung und Auflagen, die den Binnenmarkt für Importe öffnen sollen.

Ein Indiz für die Richtigkeit von Dombois Darstellung ist, daß es sehr starke Parallelen zur Autoindustrie in Brasilien und Spanien bei ähnlichen Einflußfaktoren gibt.

Im zweiten Teil geht er auf Arbeitsmarkt und Klassenbeziehungen in den Betrieben ein.

Ersters wichtiges Ergebnis ist, daß für den größten Teil der Arbeiten keine besonderen Qualifikationen erforderlich sind, die Konzerne also auf das ganze Angebot zur Lohnarbeit Gezwungener zurückgreifen können. Auswahlkriterien wie Höchstalter oder abgeschlossene Grundschulausbildung sind vom Arbeitsprozeß her nicht erforderlich, sondern dienen der Gewährleistung eines maximalen Ausbeutungsgrades der Arbeitskraft. Daher sind auch die im Vergleich zum mexikanischen Durchschnitt gezahlten hohen Löhne eher ein Instrument zur Sicherung dieser Auswahl und zur Sicherung von Arbeitsdisziplin zu erklären als aus dem engen Markt für Fach-Arbeitskraft.

Im Betrieb wird die Selektion vervollständigt durch die Teilung der Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaft. Bevor eine ArbeiterIn einen gesicherten Stamarbeitsplatz bekommt, durchläuft er/sie eine Reihe von Zeitverträgen. Diese Arbeitsplätze sind schlechter bezahlt und gegen Entlassung ungeschützt. Das führte dazu, daß in der gegenwärtigen Absatzkrise der Anteil von ZeitarbeiterInnen an der Gesamtbelegschaft drastisch sank, so daß die Konzerne nach Strategien suchen müssen, auch die relativ gefestigten Positionen der Stammbeslegschaften anzugreifen. Dombois zeigt, wie der Aufbau von Werken für Weltmarktproduktion im Norden Mexikos durch den Abschluß gesonderter Tarifverträge zum Teil mit anderen Gewerkschaften hierzu dient. Die Löhne in diesen neuen Betrieben sind weniger als halb so hoch als in den Stammbetrieben für den Binnenmarkt. Der Autor geht davon aus, im Zuge

der Zuspitzung der Branchenkrise durch Konkurrenz zwischen den Betrieben eines Konzerns auch Druck auf die Positionen der Stammbesellschaften in den alten Betrieben ausgeübt werden wird. Leider geht er nicht auf die Offensive bei Reallohnkürzungen und die Provokation des Streiks im August '87 bei VW de Mexiko und deren möglichen Zusammenhang damit ein, daß VW als einziger Autokonzern die Exportproduktion im alten Betrieb mit demselben Tarifvertrag und demselben Lohnniveau produziert. Aber ich will ihm mal nicht unterstellen, daß das an der Förderung des Wissenschaftszentrums durch die Stiftung Volkswagenwerk liegt.

Er setzt sich im Buch auch mit der Abhängigkeit der Gewerkschaften vom mexikanischen Staat bzw. der PRI und ihrer zentralistischen Organisationsstruktur auseinander. Allerdings besitzen die Belegschaften der Autokonzerne z.T. unabhängige Betriebsgewerkschaften und konnten auch sonst eine relative Unabhängigkeit von den Gewerkschaftszentralen erreichen.

Die Gewerkschaften stellen sich im Hinblick auf die Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaften als gegebenenfalls militante, grundsätzlich auf Zusammenarbeit mit dem Konzern orientierte Interessenvertretungen der Stammbesellschaften dar. Für diese haben sie relativ gesicherte Aufstiegswege und Arbeitsplatzsicherheit erreicht. Im Interesse des Konzerns beteiligen sie sich an der Disziplinierung der ArbeiterInnen über Teilnahme an der Auswahl der ArbeiterInnen und der Frage ihrer Übernahme in die Stammbesellschaft, auf der Gegenseite sichert das Management eine Pflichtmitgliedschaft in der Gewerkschaft und Entlassung bei Gewerkschaftsausschluß zu. Die rechtlichen Grundlagen für diesen Deal sind in der mexikanischen Arbeitsgesetzgebung gelegt.

Einige wichtige Punkte kommen allerdings zu kurz: Ablauf und Ursachen von Auseinandersetzungen im Betrieb, soziale und politische Konstituierung der Belegschaften als Teile einer Klasse, Beziehungen und Rückwirkungen von Arbeits- und Lebenszusammenhang, Unterschiede in diesen Punkten zwischen den alten Betrieben, den Weltmarktproduktionsstätten im Norden und den Maquilas, reinen Zulieferbetrieben direkt an der US-Grenze, die er auch nur in einem Satz erwähnt. Auf diese Fragen einzugehen, ist im engen Sinn seiner oben dargestellten Fragestellung nicht notwendig, macht sie aber neben den ebenfalls nicht angesprochenen Konsequenzen für die Kooperation von Belegschaften eines Konzerns in verschiedenen Ländern politisch erst interessant. Er verläßt den Standpunkt gesellschaftsverändernder Wissenschaft, die kombinierte Beobachter- und Teilnehmerperspektive, und ist reiner unparteiischer Beobachter. Der Akademiker mit vermutlicher linker Tradition ist nur noch an der Exaktheit der Fragestellungen und dem Blick für soziale Beziehungen und Strukturen erkennbar. Schade.

Rainer Dombois:
Autoindustrie und Automobilarbeiter in Mexiko
Februar 1988 Rainer Bohn Verlag / Edition Sigma

»Essen für die Schweine« in der Colonia Dignidad

Das Bonner Auswärtige Amt müßte eigentlich aufatmen: neben zahlreichen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln gibt es zur Colonia Dignidad jetzt auch ein faktenreiches und gut recherchiertes Buch, zu jenem von Deutschen bewohnten Gut also, hinter dessen Geheimnis zu kommen sich die Bonner Diplomaten angeblich seit Jahrzehnten vergebens bemühen und dessentwegen sie sich mit ihrer Untersuchungsdelegation im Dezember 1987 vor aller Welt blamiert haben. Dennoch werden die Berufsaußenpolitiker sich über das Buch nicht freuen, denn ihre Untätigkeit, ja sogar Komplizenschaft mit der Foltersekte wird von dem Autor, dem Kölner Journalisten Gero Gemballa, akribisch dargelegt.

Das Buch beginnt mit der Schilderung eines Besuches Gemballas in der stacheldrahtumzäunten Siedlung. Die Fragen, die dieser Besuch aufwirft, versucht der Autor in einem Durchgang durch die Entstehung der Sekte im Nachkriegsdeutschland und seit 1961 in Chile zu beantworten. Wie werden Menschen zu Folterern? Das Buch liefert Fakten genug, um dem Leser eine Antwort zu ermöglichen. Der heimliche Psychoterror der kleinen Sekte in Siegburg bei Bonn wird im abgeschlossenen Lager in Chile zum unangefochtenen System. Vor allem nach dem Putsch 1973 wird das Gut zu einem florierenden Wirtschaftsunternehmen mit Schürfrechten für seltene strategische Metalle. Die Geheimpolizei DINA richtet innerhalb der Siedlung ein Folterlager ein. Das Buch nennt hierzu einige neue Fakten: Jeweils bis zu 100 Geheimdienstler wurden in der Colonia Dignidad ausgebildet; die politischen Gefangenen bekamen "Essen für die Schweine"; Geheimdienstchef Contreras wurde samt Familie dort empfangen.

Gemballa ist es gelungen, einen abgehörten und mitgeschnittenen Funkspruch aufzutreiben, der zahlreiche Verschlüsselungen enthält. Er zeigt offenbar, wie ein ungebetener Besucher abgefangen und der Polizei übergeben wird. All das, so zitiert das Buch die Colonia Dignidad, wird "für Strauß" gemacht. Bindeglied zum bayerischen Ministerpräsidenten war ein "Freundeskreis Colonia Dignidad", dem der Autor ein Kapitel widmet. Das Buch gibt eine Ahnung davon, welche Mächte und Interessen hinter der Colonia Dignidad stehen. "In Bonn nimmt man alles sehr ernst", schließt es ironisch. Auch diese Publikation wird man ernst nehmen. Und man wartet in Bonn mit eingezogenem Kopf auf die nächste.

Gero Gemballa: colonia dignidad - ein deutsches Lager in Chile, Reinbek 1988, 174 Seiten.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch einmal auf unser Heft Nr. 166 vom Januar 1988 mit dem Schwerpunkt "Colonia Dignidad" hinweisen. Weitere Angaben zu diesem Thema enthalten folgende Bücher:

Gabi Weber: Krauts erobern die Welt, Hamburg 1981, 284 Seiten.

Ladislav Farago: Aftermath, New York 1974, 479 Seiten.

Donald Fried: Death in Washington, Westport, Connecticut 1980, 254 Seiten.

John Dinges/ Saul Landau: Assassination in Embassy Row, New York 1980, 414 Seiten.

Taylor Branch/ Eugene Propper: Labyrinth, New York 1982, 623 Seiten.

Die beiden letzten Bücher haben einen unentbehrlichen Namensindex für alle, die sich für das Thema "Chilenische Geheimdienste" interessieren.

(Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung aus epd-Entwicklungspolitik 5/6/1988).

Sofortiges Asyl der von Todesstrafe bedrohten Chilenen!

..... Ich sträube keineswegs ab, daß ich im Widerstand gegen das diktatorische Regime von Pinochet stehe, denn unter den gegebenen Umständen und angesichts der verbrecherischen Handlungen der Diktatur seit dem Putsch 1973 ist die würdigste Haltung eines demokratischen Chilenen, für den Sturz Pinochets und für die Wiederherstellung der Rechte des chilenischen Volkes zu kämpfen."

(Pedro Burgos, einer der von der Todesstrafe bedrohten Chilenen, Sept. '86)

Wir fordern Asyl für die Chilenen, die das faschistische Regime Pinochets bekämpfen und denen deshalb die Todesstrafe droht. Die chilenischen Militärgerichte beantragten bereits letztes Jahr die Todesstrafe für 15 politische Gefangene, denen unter Folterungen Geständnisse abgepreßt wurden. Jederzeit können in Chile Widerstandskämpfer festgenommen und gefoltert werden. Zum Beispiel wurden Ende 1987 die Geschwister Juan Carlos und Patricia Cancino sowie Max Diaz Trujillo und Karin Eitel verhaftet. Ihnen wird die Beteiligung an der Entführung des Obersten Carreño vorgeworfen.

Wir fürchten um das Leben der Gefangenen. Die Diktatur Pinochets hat schon Tausende ihrer Gegner brutal liquidiert. Allein in der sog. "1. Demokratisierungsphase" Pinochets vom März '81 bis Dezember '87 beging die faschistische Junta folgende Verbrechen:

384 Morde und 3188 versuchte Morde
1462 Folterfälle (ohne Dunkelziffer)
1052 Verbannungen und 2869 Morddrohungen
4717 Mißhandlungen Verhafteter.

Die von der Todesstrafe bedrohten Chilenen können in die BRD abgeschoben werden, wenn die Bundesregierung ihnen die Aufnahme zusagt. Aber dazu ist diese bis heute nicht bereit. Ihre Reden über Menschenrechte im letzten Sommer sollten lediglich den Protest hier im Lande beruhigen. Tatsächlich verleugnet sie das Widerstandsrecht gegen die faschistische Diktatur. Sie unterstützt mit ihrer Zustimmung zu einem 250-Mio.-\$-Kredit der Weltbank Pinochet's Regime. Angesichts des anstehenden Referendums, durch das Pinochet sich bestätigen lassen will, benötigt er dringend Kredit: Ein Chilene, der an einer Manifestation für Pinochet teilnimmt, bekommt z. B. ein Paar Schuhe. Diese Propaganda will bezahlt sein in einem Land, wo Elend und Arbeitslosigkeit immer mehr wachsen und große Teile der Bevölkerung betreffen, und wo auf der anderen Seite das gehobene Bürgertum durch Luxus bei der Stange gehalten werden will.

Wir dagegen wollen den Widerstand im Volk gegen die Diktatur unterstützen, der sich in Protesttagen, Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Aktionen ausdrückt.

Und wir fordern die sofortige Einreiseerlaubnis für die politischen Gefangenen, die Asyl beantragt haben!

Setzen auch Sie sich ein:

- Für das sofortige Asyl der von Todesstrafe bedrohten Chilenen!
- Für die Abschaffung der Sicherheitsüberprüfung für chilenische Oppositionelle!
- Für uneingeschränktes Asylrecht!

• Gegen die Unterstützung faschistischer Regime durch die Bundesrepublik!

Auch Sie können den Kampf um das Leben dieser Gefangenen unterstützen. Der beste Schutz ist Öffentlichkeit. Nur öffentlicher Druck kann die Bundesregierung zur Aufnahme der Gefangenen bewegen.

Informieren Sie sich und andere!

Informationen, Adressen chilenischer Gefangener, Protestpostkarten, Plakate sowie die Broschüre „In Chile von der Todesstrafe bedroht - in der BRD zum Sicherheitsrisiko erklärt“ zu beziehen bei „Asyl für die zum Tode verurteilten Chilenen“, c/o Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/Main 90.

Spenden: „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile“; BfG HH, BLZ 20010111, Kto.-Nr. 138-5509501 oder Cintras, Stadtsparkasse Ffm, Kto.-Nr. 1800, Postcheckamt Köln, Kto.-Nr. 6999-508

DIE GRÜNEN

Bundesverband Die Grünen - Internationaler Solidaritätsfonds

S O L I F O N D S

Seit 1984 gibt es den SOLIFONDS als festen Bestandteil der internationalen Politik der Partei Die Grünen.

Die finanziellen Mittel des Fonds werden an Organisationen und Initiativen in der sogenannten 'Dritten Welt' vergeben, die für ihre Befreiung von Ausbeutung, Hunger und Repression kämpfen und an Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik, die diese Politik unterstützen.

Der SOLIFONDS will keine 'alternative Entwicklungshilfe' leisten, sondern politische Solidarität üben.

Gefördert werden Aktivitäten von Basisinitiativen, nichtstaatlichen Trägern und politischen Organisationen, für die sich andere GeldgeberInnen nicht begeistern können oder wollen.

Uns ist klar, daß unsere bescheidenen Mittel nicht die Welt verändern, aber wir wollen es uns nicht nehmen lassen, politische Zeichen zu setzen und internationale Solidarität auch praktisch werden zu lassen.

'Dritte-Welt-Politik' beginnt zunächst im eigenen Land, deshalb vergeben wir rund die Hälfte der Mittel an die hiesige Solidaritätsbewegung und Aktionsgruppen.

So wurden in letzter Zeit z.B. folgende Initiativen und Projekte unterstützt: "Najdeh"-Soforthilfe für Palästinenserlager im Libanon (10.000 DM); Chile-Frauenkalender (1.000 DM); Informationsstelle Philippinen (5.000 DM); Öffentlichkeitsarbeit der National Democratic Front - NDF-Philippinen in Europa (16.000 DM); Veranstaltungszuschuß für das Mittelamerika-Komitee in Freiburg (940 DM); Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) - IWF- und Verschuldungskampagne (12.500 DM); Jazz gegen Apartheid, Frankfurt (1.200 DM); Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg, Druckkostenzuschuß für Broschüre (1.500 DM); Faltblatt zum 50. Jahrestag der Bombardierung von Guernica (1.500 DM); Öffentlichkeitsarbeit in Israel zum Prozeß von M. Vanunu und Gideon Spiro (10.000 DM);

Der Vergaberat des SOLIFONDS wird gebildet von VertreterInnen der Grünen Landesverbände, der Bundestags- und der Europafraktion und des Bundesvorstandes. Er trifft sich 4 mal jährlich in der Mitte des ersten Monats im Quartal. A n t r ä g e , die das Projekt vorstellen, einen Finanzierungsplan, die Höhe des beantragten Zuschusses, den Eigenanteil und Drittmittel enthalten sind zu richten an:

Internationaler Solidaritätsfonds - Die Grünen

Postfach 20 18 26, 2000 Hamburg 20

Zeitschriftenschau

ila-info 114, April 1988 Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
Aufbruch in El Salvador. Um die Jahreswende 87/88 haben im Zuge der Aktion "Ein Konvoi für El Salvador" 80 InternationalistInnen aus Europa, den USA und Mexiko verschiedene Regionen in El Salvador besucht, um Hilfsgüter zu übergeben und die Lebensbedingungen und den Widerstand der Zivilbevölkerung unter den Bedingungen der Aufstandsbekämpfungsstrategie des Duarte-Regimes kennenzulernen. In fünf Beiträgen schildern westdeutsche DelegationsteilnehmerInnen ihre Erfahrungen und Eindrücke.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Antisemitismus in Argentinien, der US-Intervention in Panama, der möglichen Einstellung des deutschen Dienstes der Dritte-Welt-Nachrichten-Agentur ips, der Diffamierungskampagne gegen den BUKO und einem lateinamerikanischen Theatertrreffen in Cádiz.

AIB 4/1988 Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Atompolitik: Der Atomskandal zieht Kreise * Die Atomexportpolitik der BRD / **Schuldenkrise:** Zum Auftakt der IWF-Weltbank-Kampagne / **Südliches Afrika:** Christen gegen Apartheid / **Palästina:** Interview mit Yasser Abed Rabo (PLO) über den Aufstand in den besetzten Gebieten * Interview mit Felicia Langer zur Besatzungspolitik / **Nicaragua:** Widerstand an der Wirtschaftsfront / **Ecuador:** Präsidentschaftswahlen / **Kuba:** Rectificacion / **Kultur:** "Schrei nach Freiheit"
Sonderteil "Olympia-Land KOREA": Geteiltes Land - "Schwellenland"? * Südkorea - ein Modell für wen? * Zwischen Kwangju und Olympia * Nordkorea - Selbstständigkeit und Streben nach Wiedervereinigung * USA-Südkorea-Japan: Dreierallianz im Nordwestpazifik * Sommerolympiade zwischen Politik und Kommerz * Korea Olympia Kampagne '88

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 124/125
 Lingener Str. 9, 4400 Münster

Schwerpunkt: Multinationale Konzerne

Bilanz der BUKO-Pharmakampagne; Aktionen zu Hoechst und Schering; Pharmabus wieder unterwegs; Glasurit in Brasilien; Bilanz "Kritischer AktionärInnen"; "Kein Geld für Apartheid"-Bankenaktion; Bilanz der Bayer-Coordination und der Aktionen zu Adler in Südkorea; Agromulti Ferruzzi

Außerdem: "IWF-Kampagne aktuell" mit dem Protokoll der Aktionskonferenz vom Januar, der ergänzten Fuldaer Erklärung, neuen Aktionsideen, einem Thesenpapier zu "Flüchtlingsbewegung und Verschuldung", Bericht zum BUKO zwischen BMZ und Juan Carlos sowie Kurzinfos

epd-Entwicklungspolitik 7/88

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 17

Schwerpunkt: "In Gerechtigkeit investieren" - Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, zur Befreiung der Kirche aus ökonomischer Dominanz

Der "Volksmund" ist McDonald's zu vorlaut - Hamburgerkette protestiert bei ev. Kirche / Infos: Rolle der Weltbank bei ökologischer Zerstörung / Erst nach wirtschaftspolitischem Kurswechsel neue Kredite an Peru / Indischer Theologe wirft Evangelikalen "Konfessionellen Rassismus" vor.

Eingegangene Bücher

Felix W. Bossert: Die privaten und sozialen Kosten der Chagas-Krankheit. Verlag Rüegger, CH-Grüsch, 1988, 3-7253-0309#6

Herbert Schui: Die Schuldenfalle. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, ISBN 37609 1159-5.

Armando Hart: Die Spielregeln ändern, Kulturpolitik im Sozialismus. Verlag Weltkreis/Pahl Rugenstein, Köln, 1987, ISBN 3-88142-416-4.

Ila-der andere Buchladen (Hrsg.): Bücher zu Lateinamerika, Ila-Verlag, Köln/Bonn 1988, ISBN 3-924958-17-3.

ID-Archiv im internat. Institut für Sozialgeschichte (Hrsg.): Dokumentation - Berichte- Stellungnahmen- Diskussionen zu den Schüssen an der Startbahn. Stichting-Beheer-Verlag, Amsterdam, 1988.

Axel Diedrich, Waldemar Schindowski u.a.: Verzeichnis der Alternativpresse. ID-Frankfurt/dreieck Berlin, Berlin, 1988.

Elmar Altvater, Roland Bunzenthall, Wilhelm Hankel u.a.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise. Konkret-Verlag, Hamburg, 1988, ISBN 3-922144-73-x.

Termine

Regenwaldvernichtung in Amazonien Europäische Verantwortung und Betroffenheit

Analysen, Stellungnahmen und Berichte von Wissenschaftlern, Politikern, Menschenrechts- und Umweltgruppen

Tagung der Gesellschaft für Entwicklungspolitische Bildung (GEB), des Projekts "Ökologie und Entwicklung" der Gesamthochschule Kassel und des Kulturrats der Stadt Kassel am 10. - 12. Juni 1988 in Kassel

Die Tagung findet zugleich mit der Eröffnung der Ausstellung

Amazonien - eine indianische Kulturlandschaft: Traditionen des naturverbundenen Lebens und Wirtschaftens im Regenwald

statt, die im Kasseler Naturkundemuseum gezeigt wird.

Information und Anmeldung: Clarita Müller-Plantenberg, GhK
 Nora-Platiel-Str. 5
 3500 Kassel
 Tel.: 0561/804 3127

Brasilien - die schwierige Demokratie

Eine soziopolitische Landeskunde

Tagung am 12. - 15. Mai 1988 in Hofgeismar
Anmeldung und Information:
Evangelische Akademie, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar
Tel.: 05671/881179

* * * * *

CHILE HERIDO - VERWUNDETES CHILE

Internationales Seminar zur Situation der Menschenrechte und
der sozialen Lage in Chile
am 24. - 26. Juni in Walberberg
Information und Anmeldung: Jugendakademie Walberberg
5303 Bornheim 3
Tel.: 02227/2095 od. 2096 od. 2097

* * * * *

Schöner neuer Kapitalismus?

9. Berliner Volksuni, Pfingsten, 20. - 23. Mai 1988
in der Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Str. 50, 1/62
Aus dem großen Themenangebot können hier nur drei lateinamerikarelevante Veranstaltungen angekündigt werden. Das Programmbuch der Volksuni ist erhältlich beim:
Volksunibüro, Dominicusstr. 3, 1000 Berlin 62

Die Entwicklung des Transnationalen Kapitalismus und die Dritte Welt
Ref.: Thomas Hurtienne 22. 5., 15-17 Uhr, Raum 155

Nicaragua: Agrarreform und Umweltpolitik in der sandinistischen Revolution
Ref.: Helmut Thielen 22. 5., 15-17 Uhr, Raum 151

Der Arias-Plan: Hoffnung für Mittelamerika?
Oder setzen die USA ihre Ziele auf dem Verhandlungsweg durch?
Ref.: Mechthild Jungehülsing 23. 5., 15-17 Uhr, Raum 354

* * * * *

Kino in Brasilien

Brasilianische Filme in den Berliner Kinos
Filmbühne am Steinplatz und Arsenal
5. - 11. Mai 1988

Folgende Filme werden gezeigt:
Byebye Brazil, Der Fall (A Queda), Vorwärts Brasilien (Adelante Brazil), Vera, Das Land der Generäle (O Pais dos Tenentes), Sie tragen keinen Frack (Elles Nao usam Black Tie), Sternstunde (A Hora de Estrela), Sommerregen (Chuvvas de Verao), Basar der Wunder (Tenda dos Milagres), Alle Nacktheit wird bestraft (Toda Nudez será castigado), Engel der Nacht (Anjos da Noite), Antonio das Mortes, Amazonas Amazonas, Land in Trance (Terra em Transe), Abgeschlagene Köpfe (Cabezas Cortadas), Maranhao, Der Löwe mit den 7 Köpfen.
Spielzeiten und Kartenvorbestellungen: Filmbühne am Steinplatz, Tel.: 3129012

perspektiven

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Antonio Gramsci -
Politische Theorie des Marxismus
- Sonderheft -



Die Themen:
Hegemonie, Ideologie, Kultur, Intellektuelle, Partei, Amerikanismus und Fordismus

mit Beiträgen von Wieland Elfferding, Frank Deppa, Albert Scharenberg, Ralf Tertilt, Frank Hantschler, Volker Finthammer, Ralf Fischer, Karl-Heinz Kneffel

Bislang erschienen:

perspektiven Nr. 1: U.a. Erklärung der Redaktion zur Herausgabe. 36 S., 1,- DM.

perspektiven Nr. 2: Schwerpunktthemen 'Die Modernisierung des Konservatismus' und 'Die kommunistischen Erneuerer in Frankreich'. 60 S., 5,- DM

Mai 1988:

perspektiven Nr. 3: Die Entwicklung der realsozialistischen Staaten.

Die perspektiven erscheinen als organisationsungebundenes Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils ca. 60 S., Einzelheft 5,- DM, im Abo 4,- DM. Das Sonderheft ist im Abo enthalten. Bestellungen an: A. Scharenberg, Wehrdaer Weg 35a, 3550 Marburg.

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

The THATCHER YEARS Britain and Latin America



The Thatcher Years examines the Conservative government's record on Latin America and the Caribbean, with contributions on:

The 'special relationship' - an overview of the Reagan/Thatcher alliance
Aid, trade and debt - Britain's role in Latin America's bankruptcy
Central America and the Caribbean - Britain's support for US-policy
Chile - affinities and co-operation between Britain and Pinochet's dictatorship

Falklands/Malvinas - post-war deadlock with Argentina over the island's sovereignty

1988 87 pp. DM 12,80

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

BLITZLICHTER & HALTSIGNALE & DRINGENDER APPELL & BLITZLICHTER & HALTSIGNALE

„Die Befugnis des denkenden Menschen hängt an seinem geschärften Bewußtsein für die Krise und Bedrohung, in die das Subjekt der Geschichte jeweils getreten ist. Dieses Subjekt ist beileibe kein Ideal, sondern die sich wehrenden Unterdrückten in ihrer exponiertesten Situation.“

(Walter Benjamin)

DAS GRÖSSTE

MAN LIEST UND SIEHT: seit fast 2 Monaten schießen israelische Soldaten aus nächster Nähe palästinensische Jugendliche nieder, schlagen demonstrierende Schulkinder bis zur Bewußtlosigkeit zusammen, verschleppen im Gaza-Streifen sogar Verletzte aus den Krankenhäusern, sperren Tausende in eilig errichtete Internierungslager, die sie in rechtsunwürdigen Schnellverfahren vor Militärgerichten verurteilen – und „deportieren“ Palästinenser aus ihrer Heimat.

SO BERICHTEN DIE MEDIEN, WEIL ES TATSACHEN SIND. DOCH DAS BILD DER GEFAHREN EINES GESCHUNDENEN VOLKES, DAS UNS AUFBLITZT, ERSCHEINT NOCH GANZ ANDERS:

FLÜCHTLINGSLAGER

Palästinenser sind Leute mit einer Heimat, auf die ihnen kein Recht zugestanden wird, wohl aber Flüchtlingslager aus denen sie noch als Flüchtlinge doppelt vertrieben werden: in Internierungslager oder Gefängnisse oder in die „Deportation“ der Lager des Libanon, wohin ihnen die israelischen Hubschrauber folgen.

WER STOPPT ISRAEL VOR SOLCHEN TATEN? WER BEENDET DIE UNERHÖRTE ODYSSEE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES?

Die Palästinenser sind offenbar der Auffassung, daß die Zeit alleine überhaupt nicht arbeitet, und deshalb ist auch ihr Winter heiß. Im Lager Khan Yuni, im Gaza-Streifen, sagt einer: „Sehen Sie sich um – wir haben nichts mehr zu verlieren.“

DER WELT

Der Gaza-Streifen ist das größte Flüchtlingslager der Welt: 650 000 Menschen leben zusammengepfercht auf einem Terrain von 42 Kilometer Länge und 5 bis 12 Kilometer Breite.

Medico international will hier in den Lagern die dringend benötigte Notklinik „al Shate“ versorgen & sichern und einen mobilen ärztlichen Notdienst in der Westbank ausrüsten.

WIR BENÖTIGEN DAFÜR UNBEDINGT RASCHE & REICHLICHE SPENDEN.

Stichwort: „Palästina“. Konto: 1800 Stadtparkasse Frankfurt oder Postgiro 6999-508 Köln.

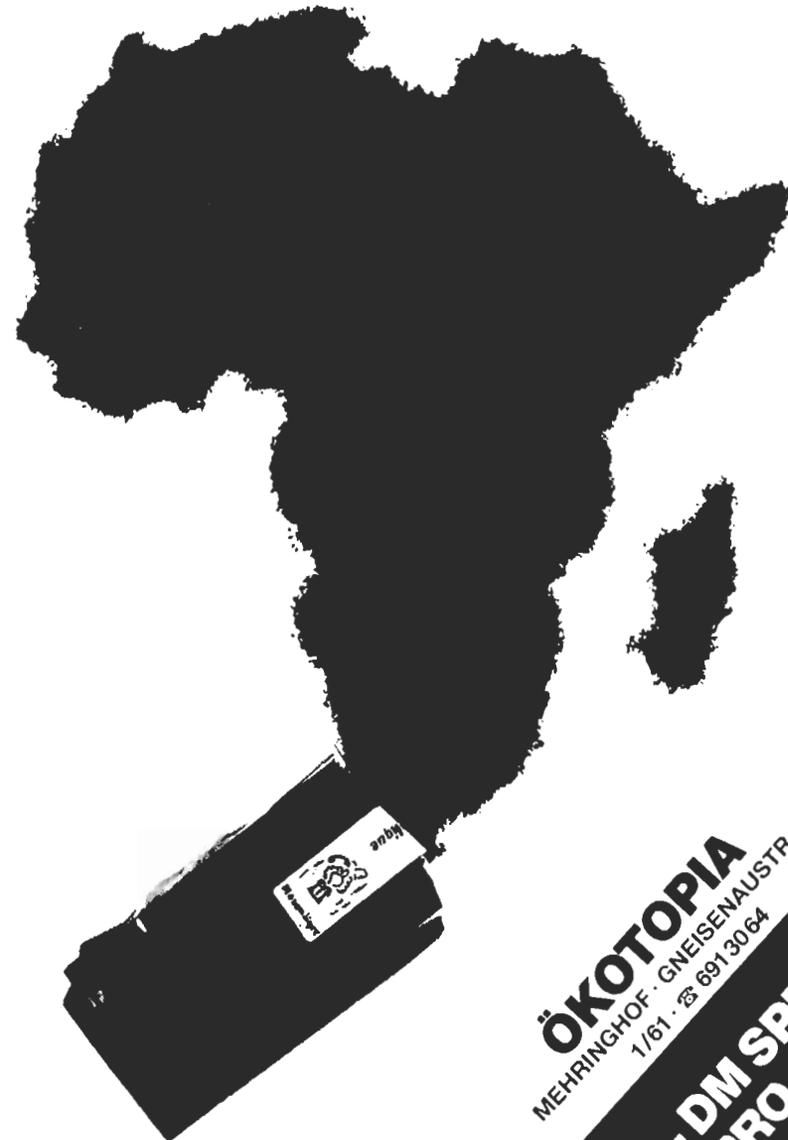


Medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. (069) 4 99 00 41.

BLITZLICHTER & HALTSIGNALE & DRINGENDER APPELL & BLITZLICHTER & HALTSIGNALE

TEE FÜR DEN ANIC

SCHWARZTEE AUS MOZAMBIQUE · RÜCKSTANDSKONTROLLIERT



ÖKOTOPIA
MEHRINGHOF · GNEISENAUSTR. 2
1/61 · ☎ 891 3064

**4,- DM SPENDE
PRO KILO**